Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1932

17.3.1932 (No. 77)

Visual Library

Donnerstag, 17. März 1932 — 177. Jahrgang Nr. 77

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung mit Industrie- und Handelszeitung

Gegr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide" Gegr. 1756

Bezugspreis: monatl. frei Haus durch Träger 2.10 ℳ, durch die Post 2.10 ℳ (einschl. 56 ₰ Postbeförderungsgebühren) zuzügl. 42 ₰ Bestellgeld. In unseren Geschäftsstellen oder Agenturen abgeholt 1.80 ℳ. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche. Abbestellungen können nur bis zum 25. eines Monats angenommen werden. — Einzelverkaufspreis: Werktags 10 ₰, Sonn- und Feiertags 15 ₰. — Anzeigenpreise: die zehngespaltene Nonpareillezeile 33 ₰, Reklamezeile 1.25 ℳ, an erster Stelle 1.50 ℳ. Gegenheits- und Familienanzeigen ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels außer Kraft tritt. Gerichtsstand und Erfüllungsort: Karlsruhe in Baden.

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen u. wirtschaftspolitischen Teil: Dr. Gg. Brixner; für Baden, Lokales u. Sport: Fred Feez; für Feuilleton und „Pyramide": Karl Joho; für Musik: A. Rudolph; für Inserate: H. Schriever; sämtlich in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 6. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr. Berliner Redaktion: W. Pfeiffer, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 98. Tel.-Amt 2, Flora 3516. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia" Zeitungs-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 6. Geschäftsstellen: Kaiserstraße 203 und Karl-Friedrich-Straße 6. Fernspr. 18, 19, 20, 21. Postscheckkonto: Karlsruhe 9547.

Scharfe Note der Mächte an Litauen.

In vielen Kürze.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Gereke, Graf Westarp, Generalmajor von Winterfeld sowie Staatssekretär z. D. Dr. Kempner und sprach ihnen und allen in den Hindenburg-Ausschüssen tätigen Damen und Herren seinen Dank für die so aufopfernd geleistete Arbeit aus.

*

Zu der Meldung über einen angeblichen Anschlag auf den Münchner D-Zug, in dem sich Adolf Hitler befand, wird von der Deutschen Reichsbahngesellschaft mitgeteilt, daß sich dieser Anschlag als sehr harmlos herausgestellt habe. Die Beschädigung einer Fensterscheibe des D-Zug-Wagens sei auf einen Stein zurückzuführen. Anscheinend stamme diese Beschädigung von einem Fußballwettkampf, der in der Nähe stattgefunden habe.

*

In der deutschen Antwort auf die französischen Donaubundvorschläge wird darauf hingewiesen, daß eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich nicht genüge, daß vielmehr dieser Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mitumfassen müsse.

*

In der gestrigen Vollsitzung des bayerischen Landtages wurde der Ausschußbeschluß, wonach der Landtag mit Wirkung vom 24. April aufgelöst wird und für diesen Tag die Neuwahlen angesetzt werden, in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Die Bestimmung der Verfassung, wonach bei Beschluß auf Auflösung des Landtages die Anwesenheit von Zweidrittel und die Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl nötig ist, war damit erfüllt.

*

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz beschloß, nach Wiederaufnahme der Arbeiten am 11. April die entscheidenden Fragen der Gleichberechtigung und der Abrüstungsmethoden zu behandeln.

*

Im irischen Landtag teilte Ministerpräsident de Valera mit, die Regierung plane die Entfernung des Treueides zur englischen Krone aus der irischen Verfassung. Dann werde kein Bürger mehr Grund haben, den Gesetzen den Gehorsam zu verweigern.

*

Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten weist für das Jahr 1931 einen Riesenrückgang auf. Finanzbeamte schätzen das Aufkommen aus der Einkommensteuer auf weniger als eine Milliarde Dollar gegenüber 2½ Milliarden im Jahre 1930. Unter diesen Umständen wird mit einer Erhöhung des Fehlbetrages auf 2½ Milliarden Dollar bis Ende Juni gerechnet.

*

Aus Moskau wird gemeldet, daß der verletzte deutsche Botschaftsrat in Moskau, von Twardowski, am Dienstag abend aus dem Krankenhause entlassen wurde. Sein Gesundheitszustand ist außerordentlich befriedigend und die Wunde gut geheilt.

*

Bei einer Gasexplosion in dem Futagowa-Kohlenbergwerk in der Präfektur von Nagasiki (Japan) wurden 15 Bergleute getötet und über 30 schwer verwundet.

Näheres siehe unten.

Wieder Reichstag.

Zusammentritt am 12. April.

(:) **Berlin**, 16. März.

Der Reichstag wird nunmehr voraussichtlich trotz der am 24. April stattfindenden Landtagswahlen zu dem seinerzeit in Aussicht genommenen Termin am 12. April zusammentreten. Reichstagspräsident Löbe wird den Aeltestenrat des Reichstags für einen der ersten Tage nach Ostern einberufen, damit der Aeltestenrat über den Zusammentritt des Reichstages Beschluß faßt. Der Reichstag wird sich vor allem mit dem neuen Etat beschäftigen. Das Etatsjahr ist durch Notverordnung um ein Jahr verlängert worden und läuft am 31. Juli ab. Der Reichstag soll im April die erste Lesung des Haushaltsplanes erledigen, der dann dem Haushaltsausschuß überwiesen wird.

Gegen Bruch des Memel-Abkommens.

Neuer deutscher Protest bei den Signatarmächten.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pf. **Berlin**, 16. März.

Die deutsche Regierung ist bei den Unterzeichnern des Memelvertrages wegen der Erledigung des Memelstreitfalles vorstellig geworden. Daraufhin haben die Regierungen der vier Unterzeichnermächte des Memel-Abkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, wie jetzt bekannt wird, am Dienstag den Gesandten Litauens in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die vier Mächte die Absicht haben, in den nächsten Tagen einen gemeinsamen Schritt bei der litauischen Regierung zu unternehmen, bei dem nachdrücklich auf die letzte Entschließung des Völkerbundsrates zur Memelfrage hingewiesen und von neuem die unbedingte Notwendigkeit der Bildung eines verfassungsmäßigen Direktoriums im Memel-Gebiet erklärt wird. Die vier Unterzeichnerstaaten machen die litauische Regierung ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die eben vollzogene Bildung des Direktoriums im Memel-Gebiet in keiner Weise der letzten Ratsentscheidung des Völkerbundes entspricht und nicht als genügend angesehen werden kann. Wenn nicht in kürzester Frist ein Direktorium gebildet wird, das sich auf das Vertrauen der Mehrheit des Memellandtags stützt, würden die vier Unterzeichnermächte gezwungen sein, den Fall unverzüglich vor den Haager Gerichtshof zu bringen.

Der Schritt der vier Mächte in Kowno steht unmittelbar bevor. Man nimmt an, daß die vier Regierungen entweder eine gemeinsame Note, oder getrennt gleichlautende Noten an die litauische Regierung senden werden. Der Schritt entspricht den von der deutschen Regierung in der letzten Zeit mehrfach unternommenen Vorstellungen bei den vier Unterzeichnermächten. Wie dringend notwendig ein Eingreifen ist, zeigt der neueste Gewaltakt der Litauer, die jetzt, nachdem sie in der unverschämtesten Weise mit den deutschen Mehrheitsparteien des memelländischen Landtages umgesprungen sind, ein rein litauisches Direktorium gebildet haben, obgleich von Rechts wegen darin eine deutsche Mehrheit regieren sollte. Das neue Unrecht, das die Litauer jetzt in Memel geschaffen haben, verlangt dringend, daß endlich Klarheit geschaffen wird. Die deutsche Botschaft in London hat auf alle Fälle von den Berliner Stellen Anweisung erhalten, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die ernste Lage zu lenken, die durch die Ereignisse im Memelland entstanden ist. Schon am Anfang der Woche hat ein Vertreter der Botschaft deswegen im Außenamt vorgesprochen. Man erwartet nun, daß der deutsche Geschäftsträger Graf Bernstorff am Donnerstag die leitenden Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit sehen wird.

Preußenlandtag und Wahlalter.

Heraufsetzung auf 24 Jahre?

W. Pf. **Berlin**, 16. März.

Während sich der bayerische Landtag heute vertagt hat und der württembergische Landtag sich ebenfalls in Kürze vertagen wird, finden im preußischen Landtag noch sehr heftige Wortgefechte zur bevorstehenden Neuwahl statt. Die wirtschaftsparteiliche Fraktion des preußischen Landtages hat einen alten Antrag wieder aufgegriffen, der die Heraufsetzung des aktiven Wahlalters in Preußen verlangt. Dieser Antrag wird auf Beschluß des Aeltestenrates am Freitag in der Vollsitzung des Landtages zur zweiten Lesung gestellt werden. Hinter den Kulissen werden sehr eifrige Verhandlungen über die Annahme dieses Antrages geführt. Verfassungsrechtlich wäre die Heraufsetzung des Wahlalters in Preußen möglich, da die Reichsverfassung keine Rahmenvorschriften für die Länder enthält. Zu einer Abänderung der preußischen Verfassung ist aber jedoch eine Zweidrittelmehrheit nötig, die von den Regierungsparteien einschließlich der außerhalb der Regierung stehenden bürgerlichen Mittelparteien gebildet werden kann. Es wird geplant, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen, um den Wählern, die im Jahre 1928 gewählt haben, auch jetzt wieder Möglichkeit zur Wahl zu geben.

Das Rathaus gestürmt.

Kommunistischer Aufruhr in Rheinhessen.

)(**Darmstadt**, 16. März.

Vor einiger Zeit konnten staatliche Zuschüsse für die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen in Möhrfelden, Kreis Großgerau nicht gewährt werden, da der Bürgermeister Zwilling, ein Kommunist, sich weigerte, die vom Kreisamt eingeführte Getränkesteuer durchzuführen. Der ebenfalls kommunistische Beigeordnete Bitsch, der die Vertretung des Bürgermeisters, der infolge eines Motorradunfalls im Krankenhaus liegt, hätte übernehmen müssen, weigerte sich, den Eid auf die Verfassung zu leisten, so daß ihm vom Kreisamt die Geschäftsführung untersagt werden mußte.

An seiner Stelle beauftragte das Kreisamt in Großgerau einen seiner Beamten mit der vorläufigen Verwaltung des Bürgermeisteramtes. Als nun der Beamte am Mittwoch in Möhrfelden eintraf, hatte eine etwa tausendköpfige Menge das Rathaus besetzt. Die Menge beschimpfte den Beamten und griff ihn tätlich an. Ebenso erging es den wenigen anwesenden Gendarmeriebeamten. Da auch die Fernsprechleitungen durchschnitten waren, mußte auf Umwegen Polizei aus Darmstadt angefordert werden. Als sie eintraf wurde sie bei dem Versuch, die Straße zu räumen, aus der Menge heraus mit Steinen beworfen und beschossen. Erst allmählich gelang es, das Rathaus zu besetzen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Generalstreik in Polen.

Bisher fünf Tote.

Warschau, 16. März.

Nach den bis Mittwoch abend vorliegenden Meldungen über den eintägigen Generalstreik der privaten Arbeitnehmer in ganz Polen ist es bei Krakau und in Krakau selbst zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Polizei gekommen. In Salbusch bei Krakau forderte die Polizei mehrere hundert Arbeiter, die vor der Staroschei demonstrierten, auf, auseinanderzugehen. Als die Arbeiter eine drohende Haltung einnahmen, machten die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch. Vier Tote, sieben Schwer- und viele Leichtverletzte blieben auf dem Platze. In Krakau selbst kam es bei Auflösung eines Demonstrationszuges durch die Polizei zu einer Schießerei. Die Demonstranten hatten einen Toten und mehrere Verletzte. Auch einige Polizisten wurden verletzt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Generalstreik im großen und ganzen als mißlungen angesehen werden kann

Sturmflut aus Nordost.

Von

Dr. Friedrich Lange.

Eine Kirchhofsruhe, wie sie vorher schon im Memelland und im ganzen Baltenland herrschte, hat sich dort nun in verstärktem Maße breitgemacht. Die heute so schnell vergessende Welt ist über die Empörung hinaus, die der litauische Gewaltstreich hervorgerufen hatte, und selbst in Deutschland drohen die Wellen der Not wieder über der Sorge um dieses deutsche Land mit seinen deutschen Menschen hinwegzuschlagen. Litauen hat dem vergewaltigten Land einen neuen Landespräsidenten aufgezwungen, und die gegebenen Tatsachen, die 1923 ihren Anfang nahmen und 1932 gefestigt wurden, beginnen nach altbewährtem Nachkriegsmuster zu einem „Rechts"-Zustand zu werden, mit dem man sich abzufinden hat.

Es wird Ruhe, weil Litauen Ruhe braucht, um sich für die Fortsetzung seiner Gewaltpolitik zu stärken. Ein schwedisches Blatt, „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning", das über die Randstaaten sehr gut unterrichtet zu sein pflegt, nennt die bisherigen Gewaltmaßnahmen in Memel „nur einen Anfang!" An der Richtigkeit dieser Ansicht braucht nicht im mindesten gezweifelt zu werden, zumal auch auf anderem Wege übereinstimmend Nachrichten vorliegen, daß den gegenwärtigen großlitauischen Machthabern nach Genf der Kamm gewaltig geschwollen ist. Zur geheimen Freude Polens, offen gestützt durch die französische Außenpolitik, haben sich die gegenwärtig maßgebenden Kreise Litauens erfolgreich um den Nachweis bemüht, daß sich japanische Gewaltmethoden sehr wohl auf Europa übertragen lassen und gegenüber einem langmütigen, sich selbst zerfleischenden Großvolk Erfolg bieten können.

Dieser Nachweis wird aber nicht erst seit gestern geführt und nicht einmal von den gegenwärtigen litauischen Machthabern allein, vielmehr handelt es sich im Nordosten seit mehr als einem Jahrzehnt um ein zuweilen geschickt getarntes, aber großzügig einheitliches Kesseltreiben gegen die alte deutsche Kulturstellung. Seit 1918 braust aus Nordost eine Sturmflut ohnegleichen über vielhundertjährigen deutschen Besitzstand und droht die letzten Halligen unseres Volkstums im wild brodelnden Völkermeer wegzureißen, wenn nicht endlich das Binnendeutschtum aufwacht und nach Nordosten auf die Deiche eilt.

Mit den Enteignungen im Baltenland fing es an. Als am 23. März 1919 die deutsche Jakobikirche in Riga ohne den Schein einer Begründung fortgenommen wurde und die reichsdeutsche Oeffentlichkeit nach kurzem Entrüstungssturm sich mit dieser Tatsache abfand, war bereits der Keim zu der Saat gelegt, die wir heute an der Memel ins Kraut schießen sehen. Noch im gleichen Jahre, am 10. Oktober 1919, nahm die konstituierende Versammlung Estlands das „Gesetz" an, durch das der gesamte deutsche Besitz einschließlich der Wälder mit dem toten und lebenden Inventar unter Offenlassung der Entschädigungsfrage enteignet wurde, ohne daß den Besitzern Restgüter verblieben. Wie antwortet das Gesamtdeutschtum? Es erhob Vorstellungen dagegen, daß von diesem Gesetz „auch" eine Anzahl Reichsdeutscher betroffen werde ....

Diese Lauheit der reichsdeutschen Oeffentlichkeit ermutigte den lettischen Nationalismus. Am 16. September 1920 beschloß das lettländische Parlament, den ganzen deutschen Großgrundbesitz einschließlich der Wälder mit dem landwirtschaftlichen Inventar unter Belassung eines nicht mehr lebensfähigen Restes zu enteignen und die „Frage" einer Entschädigung ebenfalls offen zu lassen. Auch dieser Gewaltakt, der in die Zeit der ersten großen Uebergriffe Polens gegen die bodenständige deutsche Korridorbevölkerung fiel, erregte nur Teile der binnendeutschen Oeffentlichkeit, und ein bekannter führender Politiker beglückwünschte später auf Besuch in Riga die Letten zu diesem Todesstoß gegen den deutschen Großgrundbesitz. Auch Litauen erließ ein ähnliches Gesetz, wandte es aber gegen die Deutschen verhältnismäßig schonender an in der Erwägung, daß der litauische Staat angesichts der polnischen Todfeindschaft zu sehr auf ein Einvernehmen mit dem Deutschen Reich angewiesen sei.

Es folgten die Jahre, wo der Raub geschluckt wurde. Die Ausschlachtung der Güter hielt die größten Schreier in Atem, und die Hoffnung auf mühelosen Gewinn dämmte die Sucht nach weiterer Ausrottung des Deutschtums zunächst zurück. Je mehr sich aber herausstellte, daß die estnischen und lettischen Kolonisten gar nicht imstande waren, die in vielhundertjährigem Fleiß geschaffenen Werte auch nur zu erhalten, als beide Staaten aus Getreideausfuhrländern zu zeitweise noch getreidebedürftigen Ländern wur-

den, mithin klar wurde, daß man mit dem deutschen Grundbesitz das Huhn geschlachtet hatte, das dem Steuerfiskus die goldenen Eier gelegt hatte, da begann das große Murren, es fing der See der Unzufriedenheit zu rasen an und ein Opfer zu fordern. Die Regierenden „mußten" eine Ablenkung schaffen und fanden solche — teilweise gegen ihre bessere Ueberzeugung — in den Resten der zurückgebliebenen Deutschen. Gegen sie wurden nationalistische Leidenschaften entfacht in der Hoffnung, dadurch die immer stärker werdende Empörung über das Fehlschlagen der „Agrarreform" abzulenken.

Diesem künstlich entfachten deutschfeindlichen Wüten entsprangen bald neue Gewalttaten. Am 3. April 1924 beschloß das lettländische Parlament, jede Entschädigung der 1920 Enteigneten abzulehnen. Die deutsche Oeffentlichkeit „protestierte" und — beruhigte sich wieder. Das ermutigte Estland zu einem entsprechenden Schritt. Am 5. März 1926 beschloß das estländische Parlament eine klägliche „Entschädigung" der in diesem Staate 1919 Enteigneten — eine Maßnahme, die in Skandinavien als glatter Akt eines Staatsbolschewismus bezeichnet worden ist. Auch hier kam die reichsdeutsche Oeffentlichkeit über bloße Proteste nicht hinaus. Das ermutigte den estnischen Nationalismus nur noch mehr und führte am 19. Februar 1927 zur gewaltsamen Eröffnung der deutschen Domkirche in Reval und zu ihrer Wegnahme durch den Staat! Wieder Empörung im Deutschen Reich und wieder Beruhigung!

Das schlug dem Faß den Boden aus und führte nun zu einer Kette von Gewalttaten in allen drei baltischen Staaten, insbesondere auch in dem bisher verhältnismäßig deutschfreundlichen Litauen. Seit 1927 mußte sich, wie Staatssekretär von Bülow in Genf feststellte, der Völkerbund fast fortgesetzt mit litauischen Uebergriffen im Memelland befassen. Allein für das, was sich mindestens ebenso schonungslos und gewalttätig gegen das bodenständige Deutschtum in Altlitauen abspielte, fand sich weder ein Richter noch auch nur ein Kläger. Das deutsche Schulwesen im Staate wurde praktisch ausgelöscht, die deutsche Seelsorge teilweise buchstäblich niedergeknüppelt. In Lettland wurden die verständigungsbereiten Bevölkerungsteile eingeschüchtert. Unter Beteiligung französischer und tschechischer Sendlinge begann ein neues Kesseltreiben gegen die Feste des deutschen Besitzstandes, so gegen den deutschen Dom in Riga. Am 5. August 1929 wurden die deutschen Kriegergräber auf dem Waldfriedhof zu Riga geschändet; die reichsdeutsche Oeffentlichkeit nahm davon kaum Notiz. Das ermutigte die lettischen Nationalisten zu weiteren Vorstößen. Am 22. November 1929 wurde das Ausnahmegesetz gegen die ehemaligen Angehörigen der baltischen Landeswehr angenommen, die im Mai 1919 Riga und ganz Lettland von der roten Schreckensherrschaft befreit hatten und nun zum „Dank" von der Landverteilung ausgeschlossen wurden. Wiederum reichsdeutsche Beruhigung nach kurzem Einspruch. Darum wiederum Gewaltakte gegen das Deutschtum im Nordostraum. Der Dom zu Riga wurde wider Recht und Gesetz weggenommen, und zwar wie zum Hohn durch — deutscher Notzeit abgeguckte — „Notverordnung"! Die Stellung der deutschen Schulinspektoren wurde untergraben. Staatsstreichartig wurde — wiederum durch „Notverordnung" — die öffentliche Geltung der deutschen Sprache ausgelöscht. In Estland bereitete sich neues Treiben gegen das Deutschtum vor. In Litauen wurde beschlossen, der völkerrechtlich verbürgten Selbstverwaltung des Memellandes den Todesstoß zu versetzen . . .

Dieses Mal beginnt das deutsche Volk zu merken, daß es um mehr geht als um einzelne Vorstöße von rein örtlicher Bedeutung. Es sind Wellen einer einzigen Sturmflut, die seit mehr als 12 Jahren den ganzen Rest deutschen Besitzstandes im Nordosten bedroht. Das estnische Beispiel hat das Lettentum angesteckt, das lettische Vorgehen Litauen, an der anderen Seite Ostpreußens wartet das bis an die Zähne bewaffnete Polen. Da gilt es, der rohen Gewalt ein Halt! entgegenzusetzen. Mit Protesten ist es nicht mehr getan. Welche Mittel angewandt werden sollen, ist eine zweite Frage. Allein das deutsche Volk muß mit dem ganzen Ernst der Stunde das ihm immer noch verbliebene Gewicht einsetzen, daß Minderheitenschutz und Selbstbestimmung, daß das deutsche Recht auf Leben, Freiheit und Arbeit nun auch von jenen geachtet werden, die es durch feierliche Vertragsunterschrift versprochen haben. Die Zeit der Halbheiten an den Grenzen ist vorbei. Was dem Deutschtum im Nordosten geschieht, geschieht jedem von uns. Wenn die Sturmflut den Deich zu durchbrechen droht, darf es keine „Unbeteiligten" mehr geben. Die Nationalisten der kleinen Nordostvölker wollen die Entscheidung. Wir können nicht mehr ausweichen. Wir müssen uns ihr stellen.

Deutschland und der Tardieu-Plan.

Die deutsche Antwort an die französische Regierung.

Berlin, 16. März.

Die deutsche Antwort auf den Tardieuschen Donauplan ist dem französischen Botschafter in Berlin, Francois Poncet, am Dienstag zur Weiterübermittlung an die französische Regierung übergeben worden.

Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Sanierung des Donauraumes geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Hilfsaktion für die notleidenden Donaustaaten mit der französischen Regierung in voller Uebereinstimmung befindet. Für Deutschland, das mit dem ganzen Donaugebiet von altersher intensivste Wirtschaftsbeziehungen unterhält, ist die Bereitschaft, im Rahmen seiner Kräfte an jeder Hilfsaktion für die wirtschaftliche Gesundung der Donaustaaten mitzuarbeiten, in besonderem Maße ein Gebot der menschlichen und wirtschaftlichen Gebundenheit.

Das französische Memorandum nimmt Bezug auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die Finanzlage Oesterreichs und Ungarns, der die Aufmerksamkeit der Regierungen dieser beiden Staaten auf die Notwendigkeit gelenkt habe, sobald wie möglich mit gewissen Nachbarländern engere wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausschuß des Völkerbundes bei seiner Empfehlung einer wirtschaftlichen Annäherung Oesterreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und andere Staaten von der Erkenntnis ausgegangen sei, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Gesundung einer Erweiterung eines Absatzmarktes bedürfen.

Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis auch bei den übrigen Ländern des Donaugebietes feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung hinsichtlich der überwiegend agrarischen Donaustaaten Rumänien, Südslawien und Bulgarien nur zustimmen. Mit Bezug auf diese Staaten stehe diese Auffassung auch im Einklang mit der seit längerer Zeit im Rahmen des Völkerbundes betriebenen Hilfsaktion für die Agrarländer des Donauraums, denen ähnlich wie es bei Oesterreich der Fall ist, der sichere und hinreichend aufnahmefähige Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse unter auskömmlichen Preisen fehle.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach Größe und wirtschaftlicher Struktur den Absatz der landwirtschaftlichen Ueberschüsse aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt. Dieses Ziel würde jedoch nur durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie sie französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mit umfassen müssen. Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Absatzmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht sofort gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerläßlich ist. Deutschland hat deshalb seinerseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige rasche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen Zustand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Gesamtlösung vorzugreifen. Oesterreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen. Ungarn und den übrigen Donaustaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Zuschußgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden.

Diese beiden Maßnahmen liegen in der Linie der Erwägungen über eine solidarische wirtschaftliche Hilfsaktion für die notleidenden Donauländer, die seit über einem Jahr unter Mitwirkung aller beteiligten Staaten im Rahmen des Völkerbundes stattgefunden haben. Die Reichsregierung hat sich in der Antwort auf den Appell Oesterreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt. Sie hat ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Abschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über die bevorzugte Abnahme von Getreide aus diesen Ländern schon in Angriff genommen. Sie ist in gleichem Geist der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Fragen zu beteiligen. Ebenso wie der italienischen Regierung erscheint es schließlich auch der Reichsregierung nicht zweckmäßig, den vorgesehenen Meinungsaustausch auf die Vertreter der interessierten Donaustaaten zu beschränken. Da das dringendste Erfordernis darin bestehe, den notleidenden Donauländern den Absatz ihrer Erzeugnisse auf aufnahmefähigen europäischen Märkten zu erleichtern, könne man von Abmachungen der Donaustaaten untereinander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen. Es liege vielmehr gerade im Interesse der Donauländer selbst, bei dem Gedankenaustausch von vornherein die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreich, Italien, England und Deutschland heranzuziehen.

Genfer Entscheidung im April.

Drei Wochen Osterferien für die Abrüstungskonferenz.

(:) Genf, 16. März.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz beschloß heute vormittag einstimmig, die Arbeiten der Konferenz vom 19. März bis zum 11. April, also auf drei Wochen vollständig zu unterbrechen. Die allgemeine politische Aussprache über den Artikel 1 des Abkommens-Entwurfs, der die grundsätzlichen Fragen der Gleichberechtigung und der allgemeinen Abrüstung in sich schließt, wird in dieser Woche nicht aufgenommen, soll jedoch gleich am 11. April im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz beginnen. Vor der Osterpause sollen lediglich technische Fragen durchberaten werden.

Im Hauptausschuß entspann sich am Mittwoch eine Aussprache, in der die Vertreter der Großmächte Erklärungen abgaben. Uebereinstimmend wurde gefordert, daß nach der Wiederaufnahme der Arbeiten am 11. April sofort die großen entscheidenden Fragen erledigt werden sollen. Tardieu gab eine Erklärung ab, in der er sagte, der Hauptausschuß und der Politische Ausschuß müßten sofort nach der Osterpause die große Frage der Abrüstung prüfen, in denen noch grundlegende Gegensätze zwischen den Regierungen bestünden. Frankreich habe zu Beginn der Konferenz einen umfassenden Vorschlag eingereicht, der nach Ostern zur Entscheidung kommen müsse.

Der amerikanische Botschafter Gibson stellte fest, daß die Entscheidung über die Hauptfragen der Abrüstung jetzt unvermeidlich geworden sei. In einem Entschließungsentwurf verlangt die amerikanische Regierung, daß der Hauptausschuß und der Politische Ausschuß vom 11. April an in Vormittags- und Nachmittagssitzungen ununterbrochen unter Zurückstellung aller weniger wichtigen Fragen tagen, um die großen politischen Fragen der Abrüstung zu erledigen.

Botschafter Nadolny schloß sich den Erklärungen voll an und betonte, auch die deutsche Regierung verlange die Entscheidung über die Hauptfragen der Abrüstung und sei nach wie vor bereit, loyal an der Lösung mitzuarbeiten.

Der englische Regierungsvertreter Marquis of Londonderry forderte gleichfalls, die trotz aller Schwierigkeiten die Entscheidung gleich zu Beginn des zweiten Abschnitts der Konferenz im April fallen müsse.

Es wurde einstimmig beschlossen, daß nach der Wiederaufnahme der Arbeiten am 11. April in allererster Linie die entscheidenden Fragen der Abrüstung, somit die Fragen der Gleichberechtigung, der vollständigen Abrüstung oder lediglich der Herabsetzung der Rüstungen und die französischen Sicherheitsvorschläge behandelt werden sollen und daß die endgültige Entscheidung über die Hauptfragen ohne weitere Unterbrechung in fortlaufenden Sitzungen stattfindet. Durch diese Entschließung ist nunmehr der weitere Gang der Abrüstungskonferenz grundlegend geändert. Die bisherige Methode, die technischen Einzelausschüsse arbeiten zu lassen, ohne daß zu den Grundfragen der Abrüstung Stellung genommen wurde, ist durch diese Entschließung vollständig aufgegeben. Die Konferenz wird damit im April in ihre entscheidende Phase eintreten.

Die japanische Presse bringt in großer Aufmachung weitere Meldungen über die Zusammenziehung russischer Truppen an der russisch-mandschurischen Grenze. Die Truppen sollen in der Richtung Olowjannaja-Manschuria, ferner bei Grodekowo-Nikolsk-Ussurisk in der Richtung Pogranitschnaja und in der Gegend der Olga-Bucht bei Posjed im Küstengebiet zusammengezogen werden. Von russischer Seite werden diese Meldungen dementiert.

Der von der außerordentlichen Völkerbundsversammlung eingesetzte Sonderausschuß trat am Mittwoch zu einer ersten vertraulichen Sitzung zusammen. Der japanische Botschafter Sato machte Mitteilung von einem vorläufigen Waffenstillstandsabkommen.

FORMAN GEGEN SCHNUPFEN
DOSE 60 ₰ IN APOTHEKEN UND DROGERIEN

Badischer Kunstverein.

Die jetzige Ausstellung wird sicher gern besucht werden. Sie will nicht den Bürgerschreck spielen — im Gegenteil, in ihrer Gesamterscheinung gibt sie sich höchst vornehm und verbindlich. Hellmut Eichrodt soll schon 60 Jahre alt sein? Kaum zu glauben! Um diesen Namen schwebt eigentlich heute noch Jugendlichkeit. Und Frische! Wer die Bilder seiner Jubiläumskollektion im Badischen Kunstverein mit klarem, unverdorbenem Auge betrachtet, entdeckt beides in ihnen. Biedermeier? Warum denn nicht? Wenn das Wesentliche so fein getroffen wird? Stimmung atmen solche Werke wie das Liebespaar, Junges Mädchen, Kinderbildnis, Lautenspielerin, Selbstportrait, Schwestern, Picknick ohne Zweifel. Ebenso die meisten der Märchenbilder, darunter der Fremde. Künstlerische Zärtlichkeit spricht aus allen Gestaltungen Hellmut Eichrodts.

Im Oberlichtsaal versteht Charlotte Berend, Berlin, bedeutend zu imponieren. Es ist ihre erste Schau, die sie auf Reisen schickt, um ihren Namen auch im Reiche bekannt zu machen. Es wird ihr glücken. In manchem streift sie das Kunstgewerbliche, aber in Gemälden, wie den zwei gegensätzlichen weiblichen Akten (der eine brutal, der andere überaus anmutig, beide zeichnerisch vorzüglich), zeigt sich denn doch die berufene Künstlerin. Schöne Arbeiten sind ferner: Die Dorfstraße bei Bückeburg, Fernrohr, Zwei Damen im Gespräch, Krankenzimmer, Narzissen, Brigit und Bernd. Die Bekanntschaft mit Charlotte Bernd ist jedenfalls erfreulicher Art.

Gern begrüßt man wieder eine größere Kollektion von Oskar H. Hagemann. Sehr fein die Bildnisse der Gattin des Künstlers. Sie ist allerdings ein ideales Modell. Meisterlich, von Tragik umwittert, das ergreifende Bildnis des Karlsruher Bildhauers Dr. Fritz Wermer, von dem man in der Oeffentlichkeit leider gar nichts mehr zu sehen bekommt. Merkwürdig fesselnd auch der Augenausdruck in dem Hagemannschen Bilde „Mädchen mit Katze". Es kann sich in jeder Galerie glücklich behaupten. Hervorragende Arbeiten sind ferner „Spielendes Kind", das Blumenstück „Rosen" und eine Landschaft.

Gertrud Hagemann-Stamm hat einige ihrer wertvollen Unterglasmalereien ausgestellt, die an dieser Stelle bereits gewürdigt worden sind. Der starke Eindruck bleibt. Der Zeitungsleser, die Egoisten, der Weise, der Dichter, der Geizige erweisen sich wieder als echt künstlerische Formungen.

Die Ausstellung enthält noch erlebnismächtige Blätter Wilhelm Sauters, Ladenburg (Allerseelen, Verschüttet, Ablösung, Melder zurück), Landschaften von Ad. Luntz (Forchtenberg), Oelstudien von Alb. Bohn, Saarbrücken, ferner Arbeiten von Ant. Engelhard, Karlsruhe, und Otto Schubert, Dresden.

A. R.

Theater und Musik.

Klavierabend Ursula Hoffmann.

Im gut besuchten Saale des Künstlerhauses ließ sich wiederum die jugendliche Pianistin Ursula Hoffmann hören, um in einer vielgestaltigen Vortragsfolge erneut ihr Können zur Beurteilung zu stellen. Mit Beethovens Es-Dur-Sonate konnte sie noch nicht restlos überzeugen; man vermißte eine aus dem Innern schöpfende Gestaltungskunst und die bei Beethoven unbedingt erforderliche prägnante Themenführung. Pastorale und Capriccio von Scarlatti gaben Gelegenheit, Anschlagstechnik und Fingerfertigkeit gebührend zu würdigen. Lebendige Züge offenbarten sich in Weber-Tausigs „Aufforderung zum Tanz", das zum besten ihrer Darbietungen emporwuchs, da hierbei, neben der Bewältigung technischer Schwierigkeiten, Impuls und Empfindung Musikalität erkennen ließen. Stimmungsvoll erklang „Gondoliera" von Franz Liszt, und in der Ungarischen Rhapsodie desselben Komponisten brachte die Pianistin die Steigerungen und den belebten Rhythmus zu schöner Wirkung. Dem reich gespendeten Beifall folgten einige dankbar aufgenommene kleinere Stücke, worunter das Schubertsche moment-musical besonders gefiel.

Wir stellen fest, daß Ursula Hoffmann weitere Fortschritte seit ihrem letzten Konzert gemacht hat und erhoffen aus einem vertieften Studium, daß die Veranschaulichung innerer Struktur und die Lebensdurchdringung der Kompositionen die Reife der technischen Gewandtheit erreiche.

H.

Goethes „Erwin und Elmire" in München.

Trotz des reichlich dazu Anlaß bietenden Goethejahres hat die deutsche Bühne den Versuch einer Neubelebung der Singspiele kaum gewagt. Nun hat das Münchener Staatstheater „Erwin und Elmire" in der Urfassung von 1775 mit dem Prosadialog, der in einer späteren Bearbeitung (1787) der Versifizierung weichen und damit manches von seiner ursprünglichen Frische abgeben mußte, auf die Bühne gebracht. Wenn auch Goethe einmal geäußert hat, er habe das zweiaktige Singspiel „ohne großen Aufwand von Geist und Gefühl auf den Horizont unsrer Akteurs und unsrer Bühne gearbeitet", so deutet schon die Szenenanweisung „der Schauplatz ist nicht in Spanien, sondern in unserem Herzen, auf jene innere Verwobenheit von Kunst und Leben, ohne die Goethes Schaffen undenkbar ist. Aus dem heiter-ernsten Geschehen blitzen Reflexe des Herzenserlebnisses mit Lili Schönemann, der „Belinde" der Widmung. Verharrt das Spiel auch im Rokokomäßigen, so enthält es doch ein paar Perlen Goethe'scher Lyrik, wie „Das Veilchen", „ein Schauspiel für Götter, zween Liebende zu sehen" und „ihr verblühet, süße Rosen". Auch die Vertonung durch die Herzogin Anna Amalia von Weimar entringt sich keineswegs den Banden der herrschenden Kunst- und Lebensformen, spiegelt diese aber mit bezaubernder Anmut und Klarheit wider. Aus dem liedhaften Kern entwickelt sich musikalisch duftiges lyrisches Blühen, das in den Gesängen Erwins sogar von dem Blute leidenschaftlichen Empfindens gerötet wird. In diesen Partien wird allerdings ein leichtes Pathos, das Vorbild der italienischen Oper, hörbar. Ganz entzückend sind ein paar Stücke neckischen und schalkhaften Charakters, insbesondere das köstliche Lied Bernardos „Da kommt sie geschlichen geraten. — Die Aufführung, die der dramatischen Finderfreude von Dr. Ernst Leopold Stahl zu danken war, mischte nach alter Brauch Sänger und Schauspieler, die beiderseits mit heller Freude am Werk waren. Die Aufnahme des literarisch-musikalischen Leckerbissens war überaus freundlich.

Dr. Wilhelm Zentner.

*

Deutsche Musik im Ausland. Franz Philipps Klavier-Quartett C-Moll Opus 1 wurde mit großem Erfolg in Turin zur Aufführung gebracht.

Wieviel Kinos gibt es? Nach einer Statistik des amerikanischen Handelsdepartements gab es Ende 1931 in der ganzen Welt 64 000 Lichtspieltheater, 2000 mehr als ein Jahr vorher. Davon waren 28 250 für die Wiedergabe von Tonfilmen eingerichtet, was 8800 mehr sind als Ende 1930.

„Querschnitt" im Goethemonat. Auf seine eigene Art gedenkt der „Querschnitt" Goethes. Er sagt nicht etwas über „Goethe und seine Zeit" oder ein ähnliches Thema — — — „Goethe von Goethe ist ein schlechter Versifex" heißt ein witziger Aufsatz Franz von Spauns, in dem er recht lustig gegen den „Faust" protestiert. Wie die heutige junge Generation über den Dichterfürsten denkt, was sie an ihm schätzt, was sie an ihm kritisiert, was sie überhaupt von ihm weiß — das kann man an der Artikelserie „Goethe in Oberprima" ersehen, in dem die Meinungen von 6 Oberprimanerinnen über Goethe wiedergegeben wird. Sehr beachtlich ein Aufsatz über das politische Frankreich von Dami-Paris, schon als Vergleich zu Sieburgs „Gott in Frankreich". Der „Querschnitt erscheint im Verlag Ullstein.

Schmuggler Schlepper Spione

Erinnerungen an die 14000 Volt-Front von A. R. Zimmermann.

(8. Fortsetzung.)

Der Schlepper Verkammen.

Ich gab den Befehl, diese irreführenden Weiden zu kappen und ritt weiter. Die Leute zeigten mir auch die Stellen, wo das Verhängnis ihren Kameraden Frerichs erreicht hatte. Dann ging es durch knietiefen Sand eine Strecke bergab, eine baumbestandene Chaussee trat in den Gesichtskreis, und nach wenigen Minuten sprang ich am Wirtschaftstor des Drahtzaunes vom Pferde. Der Hüter dieses Tores, ein Feldwebelleutnant, im Zivilberuf Postassistent in Hannover, begrüßte mich.

Davon hatte mir unerklärlicherweise der Hauptmann nichts erzählt. Im Todeszaun befanden sich auf der langen Strecke vom Kanal bis zur Provinz Lüttich mehrere, auch elektrisch geladene Tore, deren Strom jedoch jederzeit von dem dicht bei ihnen stationierten Offizier ausgeschaltet werden konnte. Sie dienten dazu, einen bis aufs äußerste beschränkten Grenzverkehr zuzulassen und vor allem, wie ihr Name besagt, Waren, die die Heeres- und die Etappenleitung in Belgien sehr entbehrte, aus Holland hereinzulassen, vor allem Seife, Tabak und Schokolade. An diesem Tore — das auch heute von einer Anzahl Neugieriger auf holländischer Seite umlungert war — und in der Behausung des Feldwebelleutnants, der sich in einer nahen evakuierten Bauernhütte häuslich eingerichtet hatte, sollte ich später noch manch lustiges Schmugglerstückchen miterleben.

Todmüde kamen Roß und Reiter am späten Nachmittag in ihrem Standquartier, dem Dorfe Lommel, an. Vom Drahtzaun bis zum Dorfe waren gute dreiviertel Stunden Weges noch, man überquerte dabei über Brücke 12 den Kempenkanal, der Maas und Schelde miteinander verbindet. Dieser Kanal war die Grenze des Aufenthaltsgebietes für die Einheimischen, es war ihnen streng verboten, das Gebiet zwischen ihm und dem Drahtzaun zu betreten. Leider konnte nicht jede Brücke von uns mit Wachen belegt werden. Bei ihrer Häufigkeit hätten wir ein Dutzend kriegsstarker Regimenter haben müssen.

Aus der Schreibstube der Ortskommandantur stürzte mir gleich der Kompagnieschreiber F. entgegen, ein gebildeter Mann mit einem ausgesprochenen Gelehrtengesicht, der heute eines der größten Unternehmen der deutschen Bereifungsindustrie leitet, und schwenkte ein Papier in der Hand.

„Herr Leutnant," rief er laut — dann aber erblickte er einige neugierige Gesichter an den offenen Fenstern des Nachbarhauses, und seine Stimme sank zum Flüsterton herab, während er mir das Papier heraufreichte. „Das Geheimnis um die vergifteten Hunde scheint mir gelöst! Lesen Herr Leutnant bitte. Fernspruch der politischen Polizei in Maaseyk, vor einer halben Stunde durchgegeben."

Der Fernspruch lautete etwa:

„In der letzten Nacht acht Mann unter Führung des Schleppers Ingenieur Verkammen im Bereich Lommel den Draht nach Holland passiert. Nachrichtenstelle X. Y. meldet, daß wegen Brückenbewachung von ihnen neuer Weg eingeschlagen worden, einen Fabrikgarten, wahrscheinlich Overpelt, passiert und dann durch Kanal geschwommen. Verkammen Rotterdam bereits wieder im Automobil verlassen, bitte Befehlsbereich in nächster Nacht alarmieren, da versuchen wird, wieder herüberzuwechseln. Kriminalbeamter zur Unterstützung unterwegs."

„Herr Leutnant haben Pech!" meinte F. mit leiser Schadenfreude, denn er konnte sich in der Nacht natürlich aufs Ohr legen. „Außerdem wartet in der Schreibstube Herr Dr. M., unser Abschnittsarzt, auf Sie, um sich vorzustellen."

Der Arzt, der mit seinem Einspänner nach Lommel gekommen war, um den neuen Kompagnieführer kennen zu lernen, mußte, er mochte sich sträuben wie er wollte, die Nacht über da bleiben, denn ich witterte, daß es vielleicht Arbeit für ihn geben könne.

Hier war zum ersten Male vor mir der Name Verkammen aufgetaucht. Er sollte mich in der Folgezeit noch öfter, als mir lieb war, beschäftigen. Er oder seine Mittelsleute hatten die Hunde des Herrn L. vergiftet, um desto sicherer durch den Fabrikgarten kommen können, er auch war es, der der kommenden Nacht ihr so blutiges Gepräge verleihen sollte.

Ein geheimnisvoller Mensch.

Telephonisch wurde an sämtliche Blockhäuser der Alarmbefehl durchgegeben. „Det scheint jo een scharven Herrn zu sin!" hieß es, wie ich später zu meiner Belustigung erfuhr, an diesem Abend bei den braven Landstürmern mit Bezug auf den neuen Kompagnieführer. Doktor M. saß im Sessel und schmollte. Er hatte damals wohl eine kleine Flamme im drei Stunden entfernten R. und konnte mir nicht vergeben, daß ich ihm heute sein Schäferstündchen verdorben hatte. An den Zigarren, die mir der Kamerad am Wirtschaftstor verehrt hatte, hielt er sich schadlos. Die Luft in meinem Zimmer war dick von Zigarrenrauch, und in diesem fast undurchsichtigen Qualm stand plötzlich die Gestalt eines Mannes in der Stube, der eine kurze Verbeugung machte und sich vorstellte:

„Weinkauf, Beamter der politischen Polizei in Maaseyk." Wir hatten ihn nicht hereinkommen hören, aber jetzt vernahmen wir doch draußen das Rattern des Autos, mit dem er gekommen sein mußte. Herr Weinkauf hatte eine mittlere, gedrungene Gestalt, er trug Zivil, und am obersten Rockknopf hing in einer Schlaufe eine elektrische Taschenlaterne.

„Ich kann weder Sie noch mich lange aufhalten", meinte Weinkauf, und zog aus der Tasche seines Flauschrocks einige Papiere. „Ich muß mit dem Auto wieder zurück an irgendeine einsame Heidestelle, damit hier niemand merkt, daß mein Interesse heute dem Drahtzaun gilt. Ich werde mich auf Umwegen an den Kanal pirschen, die Gegend kenne ich ja wie meine Westentasche. Ihre Kompagnie werden Sie wohl schon alarmiert haben, Herr Leutnant? Bon. Sie, Herr Doktor, bleiben wohl die Nacht hier?"

Der Doktor brummte bejahend.

„Schlagen Sie sich im Interesse der Sache ruhig mal eine Nacht um die Ohren, verehrter Doktor. Der Kerl, mit dem wir es hier zu tun haben, ist das gefährlichste Subjekt, das uns jemals zu schaffen gemacht hat. Er spricht Deutsch, wie wir Deutsch sprechen, kennt die Provinz und ihre geheimsten Grenzpfade, ist verwegen wie ein Korsar, immer gespickt mit Revolvern und aalglatt, einfach nicht zu fassen. Wenn es in Belgien so etwas wie einen Pour le mérite gibt, hat er ihn um sein Vaterland wie kein anderer verdient. Ein Gegner, vor dem man alle Achtung haben muß! Ich habe Ihnen hier sein Signalement mitgebracht, Herr Leutnant — —, aber das will nicht viel besagen, denn außerdem ist dieser Teufelsbraten ein wahrer Verkleidungskünstler. Bei der Abfahrt in Rotterdam heute früh hat er einen Spitzbart getragen. Ich setze meinen Kopf dafür ein, daß in der Nacht ein glattrasierter Verkammen durch den Zaun kommen wird."

Er überreichte mir den Steckbrief, aus dem ich u. a. erfuhr, daß Verkammen vor dem Kriege jahrelang als Ingenieur in einem großen Industriewerk in Hagen in Westfalen beschäftigt gewesen war. Er wurde gekennzeichnet als schlank, brünett, sehr lebhaft in Sprache und Bewegungen, mit einer verknorpelten linken Ohrmuschel und einer Tätowierung — zwei sich schnäbelnde Tauben — auf dem rechten Oberarm. Alles in allem war es eine sehr vage Beschreibung. Ich legte das Blatt auf den Tisch.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Lawine wirft Eisenbahnzug um!

Der von der Lawine umgerissene Zug.
Bei starkem Schneefall ging an der Brünigbahn (Zentralschweiz) eine riesige Lawine nieder, die auf einen Zug aufprallte und ihn umwarf.

Ein Freund der Sklareks.

Stadtverordneter Rosenthal als Zeuge. — Er bleibt unvereidigt.

:: **Berlin**, 16. März.

Im Sklarek-Prozeß wurde am Mittwoch der Stadtverordnete Rosenthal, der Vorsitzende des Kreditausschusses der Stadtbank war, als Zeuge vernommen. Er erklärte, die Sklareks hätten „nach kaufmännischen Gesichtspunkten Ansehen und Vertrauen genossen". Er habe stets nur das Beste von ihnen gehört und deshalb auch die guten Auskünfte über die Sklareks gegeben. Der Vorsitzende hielt den Zeugen vor, daß schon Jahre vor seinen guten Auskünften der Kommerzienrat Bamberg die Sklareks entgegengesetzt beurteilt habe. Bamberg habe erklärt, daß die Sklareks sich auf nicht ganz einwandfreie Weise dem Militärdienst entzogen und durch undurchsichtige Geschäfte Vermögen erworben hätten. Rosenthal erwiderte, von dieser Auskunft Bambergs sei ihm nichts bekannt gewesen. Die Stadtbankdirektoren halte er für ehrbare, tüchtige und zuverlässige Bankfachleute.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie es komme, daß man Rosenthal als den ungekrönten König von Berlin bezeichnet habe, wozu bei ihm doch alles fehle, erwiderte Rosenthal, daß ist auch eine nichtzutreffende Charakteristik. Ich war bescheiden und zurückhaltend.

Vorsitzender: Es gibt ja auch solche Könige; vielleicht waren sie so einer.

Rosenthal erklärte dann weiter, es sei ihm unverständlich, wie Hoffmann sagen könnte, daß er, Rosenthal, sich so für die Sklarekkredite eingesetzt habe. Jeder Mensch, auch Hoffmann, wisse doch ganz genau, daß niemand an ihn herankomme. Auf Vorhalt des Vorsitzenden sagte Rosenthal noch, er habe keine Bedenken gehabt, den Sklareks die Kredite zu gewähren. Er bestreite, nach dem Zusammenbruch der Gebrüder Sklareks noch irgendwelche Beziehungen mit ihnen unterhalten zu haben.

Nach der Vernehmung des Stadtverordneten Rosenthal stellte Staatsanwaltschaftsrat Jaeger den Antrag, Rosenthal wegen des Verdachts der Begünstigung nicht zu vereidigen. Das Gericht beschloß, den Zeugen Rosenthal wegen des Verdachtes der Begünstigung unbeeidigt zu lassen. Das Gericht erklärte, daß es um die Aussagen des Stadtbankdirektors Hoffmann und des Stadtbankdirektors Schroeder, die den Stadtverordneten Rosenthal im gewissen Sinne belasteten, nicht herumkomme. Das Gericht müsse die Aussagen Hoffmanns und Schroeders als falsch erklären, wenn es den Stadtverordneten Rosenthal beeidigen wolle.

Im ganzen Lande verbreitet es das Radio:

Sanella nehmen heißt wirklich sparen!

„Sanne und Ella", die Vorkämpferinnen für modernes, sparsames Wirtschaften erteilen Ihnen folgenden praktischen Ratschlag:

„Kochen Sie Gemüse in Salzwasser ab und schwenken Sie es dann — statt in Mehlschwitze — einfach in Sanella! Das schmeckt besser — ist moderner und gesünder — und spart Ihnen Arbeit und Zeit!"

„Sanne und Ella" wissen, wie bequem und sparsam man heute kochen kann — mit Sanella nämlich, die allen Speisen Nährwert und Geschmack gibt! Und wie schmackhaft und gesund ist sie auf Brot! — Verfolgen Sie die weiteren Ratschläge von „Sanne und Ella" in diesem Blatte und im Radio — vielleicht enthalten sie noch eine Überraschung für Sie!

Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Badische Rundschau.

Landesausschuß Baden der Hindenburg-Ausschüsse.

Zur Durchführung des zweiten Wahlgangs wurde in Karlsruhe am Mittwoch ein Landesausschuß Baden für die Hindenburgwahl gebildet, der sich die einheitliche Durchführung des zweiten Wahlganges zur Aufgabe gestellt hat. Vorsitzender des Landesausschusses ist Staatsrat Heurich. Die Geschäftsstelle des Landesausschusses befindet sich in Karlsruhe, Badischer Handelshof, Rufnummer 6870 und 6871 und Leiter der Geschäftsstelle ist Generalsekretär Wolf. Die Hindenburgausschüsse Badens werden gebeten, sofort die genauen Anschriften dem Landesausschuß mitzuteilen, sowie alle den zweiten Wahlgang betreffenden Fragen dorthin zu richten.

„Führer" und „Alemanne" beschlagnahmt und verboten.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: „Die oben genannten nationalsozialistischen Blätter wurden wegen des Artikels „Mainlinie und Donaustaat" vom Polizeipräsidium Karlsruhe bzw. Freiburg beschlagnahmt. Mit Rücksicht auf die durch den Artikel in der Bevölkerung hervorgerufene Erregung hat der Minister des Innern die beiden Blätter auf die Dauer von 14 Tagen verboten." (Ueber den angeführten Artikel siehe Näheres im Landtagsbericht.)

Bruchsa'er Stadtrat.

o. **Bruchsal**, 16. März. Einem aufgetretenen Bedürfnis entsprechend wurde bei den Eispreisen für Großabnehmer eine weitere Staffel eingeführt bei der Grenze von 8000 Ztr. Jahresabnahme. Es gelten künftig Großabnehmerpreise von 90 ₰ bis 58 ₰ pro Zentner je nach Quantum. — Der Stadtrat hat mit Bedauern Kenntnis genommen, daß die von der Firma Karl Rübenacker auf Grund einer vertraglichen Abmachung mit der Stadt betriebene Omnibuslinie Bruchsal — Büchenau — Spöck — Neuthard mit Wirkung vom 15. April 1932 wegen Unrentabilität eingestellt werden muß. Die Stadt sieht sich bei ihrer finanziellen Lage außerstande, die notwendige höhere Subventionierung der Linie aus städtischen Mitteln eintreten zu lassen, obwohl der große Nutzen dieser seit 1925 bestehenden Verkehrseinrichtung für das Wirtschaftsleben der Stadt nach wie vor anerkannt werden muß. — Bei Behandlung eines Antrags des Verkehrsvereins konnte der Vorsitzende zweier Jubiläen gedenken: Am 14. März 1922, also genau vor zehn Jahren, wurde auf Anregung des Stadtrats der Verkehrsverein gegründet, der die ersten neun Jahre unter dem Vorsitz von Stadtrat Strauß und nunmehr unter Vorsitz von Stadtrat Bellosa sehr segensreich gewirkt hat. Ein weiteres Jubiläum betrifft die Verkehrskommission, eine Einrichtung, die als Vorgängerin des Verkehrsvereins betrachtet werden kannund am 13. März 1912, also vor rund 20 Jahren, ebenfalls durch die Stadtverwaltung unter Beteiligung des Gemeinnützigen Vereins und des Odenwaldklubs geschaffen wurde. Der Verkehrskommission oblag die Werbung für den Besuch der Stadt Bruchsal durch Fremde, die Förderung von Verkehrseinrichtungen und dergl., Aufgaben, die heute der Verkehrsverein erfüllt.

Allerlei aus Bretten.

× **Bretten**, 15. März. Die Grippe ist im Ort und Bezirk Bretten noch immer ein hartnäckiger Gast. Besonders sind die Kinder im schulpflichtigen Alter in Mitleidenschaft gezogen. Bis zur Hälfte der Kinder fehlen in manchen Klassen. In der Bezirksgemeinde Diedelsheim wurde auf behördliche Anordnung die Schule geschlossen, und kann erst unmittelbar vor dem Schuljahrschluß wieder aufgemacht werden. — Die Konfirmationen haben dieses Jahr weit weniger Kinder gesehen, als sonst. Die letzten Kriegsjahre machen sich noch merkbar. In Bretten waren es 39, in Rinklingen 7, in Diedelsheim 13 Kinder. In gesetzmäßigen Jahren waren gerade das Doppelte oder mehr keine Besonderheiten. Aehnlich liegen die Verhältnisse überall. In Bauschlott war überhaupt keine Konfirmation möglich. Es fehlten die Kinder. — In Diedelsheim verunglückte Max Jäger, der Sohn des Grünen Hofwirtes dadurch, daß er auf einen Stapel Zementröhren fuhr. Mit schweren Verletzungen wurde er in Bretten ins Krankenhaus eingeliefert.

Kirchenrat Weymann †.

Am Dienstag, den 15. März, starb in Hagsfeld bei Karlsruhe im hohen Alter von 86 Jahren Kirchenrat Philipp Weymann. Im Jahre 1869 trat er in den Dienst der evangelischen Landeskirche; schon in seinem dritten Dienstjahr wurde er Pfarrer in Hagsfeld. Nach 50jähriger Amtstätigkeit trat er 1919 in den Ruhestand. Er war einer der Mitgründer des Evang. Pfarrvereins in Baden, der Standesorganisation der badischen evangelischen Geistlichkeit. Jahrzehntelang war er der Rechner, in den Jahren 1910 bis 1919 der Vorsitzende des Pfarrvereins. Mit der Hagsfelder Gemeinde wird ihm die badische Landesgeistlichkeit ein treues Andenken bewahren.

Starke Wahlbeteiligung auf dem Feldberg.

bld. **Vom Feldberg**, 16. März. Aus dem Wahlergebnis der Gemeinde Bärental-Feldberg ist die starke Wahlbeteiligung der Skiläufer zu ersehen. Wahlberechtigt waren 176. Abgestimmt aber haben 1390, somit haben in dieser Gemeinde allein 1214 auswärtige Wahlberechtigte, und zwar Skisportler, ihren Stimmzettel abgegeben. Es entfielen auf Hindenburg 865, auf Hitler 364, auf Düsterberg 92, auf Thälmann 67 und auf Winter 2 Stimmen.

Ueberhöhte Krankenkassenbesoldung.

Ablehnung der neuen Dienstordnung der Ortskrankenkasse Kehl durch das Oberversicherungsamt Freiburg.

bld. **Kehl**, 16. März. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Kehl hatte am 2. Juni 1931 eine Neufassung ihrer Dienstordnung beschlossen, der nunmehr vom Oberversicherungsamt Freiburg die Genehmigung versagt wurde. In der sehr ausführlichen Begründung dieses Versagens der Genehmigung führt das Oberversicherungsamt aus, daß es sich grundsätzlich darum handeln müsse, die sozialen Leistungen der Kassen durch Hinwirken auf Billigkeit des Betriebes und Vermeidung den Kranken nichts nützender Ausgaben zu sichern. Die Dienstordnung wurde von Seiten der Arbeitgebervertreter im Verwaltungsausschuß beanstandet, weil die Besoldung und sonstigen Entschädigungen der Kassenangestellten außerordentlich hoch bemessen waren, so daß das Oberversicherungsamt in Freiburg Veranlassung nahm, zu erklären, daß „die Krankenkasse für die Versicherten da sei und nicht für die Versorgung ihrer Angestellten".

Ländlicher Kreditverein Niederwihl.

Neue Schwierigkeiten.

:: **Waldshut**, 16. März. Die Mitteilung, daß ein 50proz. Vergleich zustandekam, wird widerrufen. Die Landwirtschaftsbank Karlsruhe, die für rund 300 000 Mark Gläubigerin ist, hatte sich bekanntlich zunächst bereit erklärt, 50 Prozent ihrer Forderung nachzulassen, hat aber dieses Angebot jetzt zurückgezogen. Weitere Verhandlungen sind im Gange. Der ehemalige Geschäftsführer des Kreditvereins, der Kaufmann F. G. ist übrigens soeben im Zusammenhang mit diesen Vorgängen verhaftet worden.

Die Haushaltsnotverordnung vor dem Landtag.

Sensationeller Beginn.

Vor der Weiterberatung der Bauernbankinterpellationen gab es zu Beginn der Vormittagssitzung am Mittwoch einen sensationellen Auftakt. Der Fraktionschef des Zentrums, Abg. Föhr, gab eine Erklärung ab, die sich auf einen Artikel in der gestrigen Ausgabe des nationalsozialistischen „Führer" bezieht und der die Ueberschrift trägt „Mainlinie und Donaustaat". Darin war von einer angeblich vertraulichen Beratung der Zentrumsführer in Südbaden in Singen a. H. gesprochen, an der u. a. die Abgeordneten Dr. Föhr und Dr. Kaufmann und Reichstagsabgeordneter Diez-Radolfzell teilgenommen hätten. Bei dieser Besprechung seien für den Fall eines Hitlersieges in der Präsidentschaftswahl „hoch- und landesverräterische Ausführungen" gemacht worden. Das Zentrum werde sich im Falle einer Wahl Hitlers während der Zeit, die zwischen der Wahl und der Amtsübernahme liegt, den zu erwartenden illegalen Unternehmungen der „Eisernen Front" anschließen. Gelinge es Hitler trotzdem in Norddeutschland die Macht zu bekommen, so werde sich das katholische Süddeutschland von Preußen trennen und sich an Oesterreich anschließen müssen; die Grenze nach Norden wäre der Main. Der „Führer" machte im Anschluß die Mitteilung, es sei „Anzeige auf dringenden Verdacht des Hoch- und Landesverrats beim Oberreichsanwalt erstattet." Dieser werde Klarheit schaffen über die „dunkeln Hintermänner und Finsterlinge" dieser Aktion.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) erklärte diese Ausführungen als in allen Teilen unwahr. (Hört hört!) Die besagte Konferenz habe nicht stattgefunden. Er habe zwar nicht nötig, sich und seine Freunde vor dem Vorwurf des Hoch- und Landesverrats zu rechtfertigen, um so mehr als dieser Vorwurf von einer Partei erhoben werde, „deren Führer in Reich und Baden wegen Hoch- und Landesverrats rechtskräftig abgeurteilt" worden seien. Dennoch werde er gegen diese „skrupelloseste Beleidigung und Verleumdung" Strafantrag stellen. (Beifall im Zentrum.)

Als Einleitung seiner Erklärung hatte Abg. Dr. Föhr festgestellt, daß die Mehrheit der Nationalsozialistischen Fraktion fehle, obwohl er sie besonders dreimal von seiner Absicht der Abgabe einer Erklärung in Kenntnis gesetzt habe. Jetzt betraten die Abgeordneten der N.S.D.A.P. den Saal, empfangen von Zentrumsseite mit dem Ruf „Jetzt kommen sie!" Darauf erfolgte von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Schmidt-Bretten die Antwort (zu Dr. Föhr gerichtet): „Sind Sie ruhig, Sie sind wegen Hoch- und Landesverrats angeklagt!" Dr. Föhr machte hierauf den Präsidenten Duffner auf diesen Zuruf aufmerksam, der den Abg. Schmidt von der Sitzung ausschließt.

Nachdem sich das Haus nach dieser Einleitung etwas beruhigt hatte, wurde

die Aussprache über die Bauernbankinterpellationen

fortgesetzt.

Abg. Bock (Komm.) behandelte Einzelfälle der alten Freiburger Organisation, verlangte „restlose Aufdeckung des Skandals" und Bestrafung der Schuldigen, sonst würden eines Tages die Bauern selbst gründlich ausmisten. Abg. Schill (Ztr.) stellt fest, das Zentrum habe seinerzeit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses auch zugestimmt. Redner beleuchtet vom bankmäßigen Standpunkt aus die Gründe, die die Bauernbank veranlaßt hätten, keine Akten herauszugeben. Es sei aus Furcht vor Kreditschädigungen geschehen. Von der Deutschen Volkspartei führt Dr. Mattes (als Abgeordneter) u. a. aus: Durch die Rückgabe der Bürgschaft ist das weitere Eingreifen des Ausschusses unmöglich geworden. Immerhin sei erreicht worden, daß die Bürgschaftsurkunde zurückgegeben worden sei, wodurch der Staat vor eventuellen Verlusten bewahrt worden sei. Abg. Hügle (Dem.): Daß wir uns immer wieder mit der Sache beschäftigen müssen, daran ist mitschuld, daß seinerzeit nicht die Akten „offen und ehrlich" auf den Tisch gelegt worden sind. In diesem Falle wäre schon längst Gras darüber gewachsen. Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) verbreitet sich über die Ausschußfrage, die er als „ein trauriges Kapitel des Badischen Landtags" bezeichnet. Dieser sei auch durch die Karlsruher Direktoren brüskiert worden. Sogar die Einsicht in die Geschäftsberichte früherer Jahre sei abgelehnt worden. Abg. Dr. Brühler (Deutschnat.) will die Aufrollung der Angelegenheit aus Sauberkeitsgründen im Genossenschaftswesen nicht um neuen „Stunk" zu machen. Abg. Köhler (Nat.Soz.) wünscht ebenfalls keine Kreditschädigung der neuen Organisationen. Innenminister Maier steht auch heute noch zu seinen früheren Ausführungen als sozialdemokratischer Fraktionsführer. Nach seiner Ansicht wäre die Bank mindestens moralisch verpflichtet gewesen, die Akteneinsicht zu gewähren. Justizminister Dr. Schmitt behandelte die juristische Seite der Frage und ersucht um genaue Angaben von bestimmten Fällen von Verfehlungen zwecks gerichtlicher Verfolgung. Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) betont, daß die Bürgschaft seinerzeit nur gegeben worden sei gegen die Bedingung der Akteneinsicht. Abg. Dr. Föhr (Ztr.) ist demgegenüber der Ansicht, daß der Landtag nach Ablehnung eventuellen Schadenersatzes gegenüber der Bank im Falle von Kreditschädigungen, diese Bedingung nicht mehr aufrecht erhalten konnte.

Abg. Dr. Brühler (Dntl.) unterstützte diese Auffassung Dr. Wolfhards und sagt, der Ausschuß sei „an der Nase herumgeführt worden". In seinem Schlußwort kritisierte der Abg. Merk (Nat.-Soz.) auch die hohen Gehälter der Karlsruher Direktoren, die nicht der heutigen Notlage des Bauernstandes entsprächen. Auf einen Zwischenruf des Abg. Hilbert (Ztr.) ruft Merk diesem zu: „Mit notorischen Lügnern und Charakterlumpen unterhalte ich mich grundsätzlich nicht." Diese schwere Entgleisung löste große Erregung im Hause aus und trug dem Sprecher Saalverweis ein.

*

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Nachmittagssitzung erhob der Abg. Schmidt-Bretten (Nat.) Protest gegen seinen Ausschluß am Vormittag. Er erklärte, sein Zuruf gegen Dr. Föhr habe anders gelautet, bezw. einen anderen Sinn gehabt. — Das Haus wird am Donnerstag nach Vorliegen des stenographischen Berichts über den Einspruch beschließen.

Der Landtag befaßte sich dann mit der parlamentarischen

Verabschiedung der zweiten badischen Notverordnung

vom 9. Oktober 1931 kurz „Habshaltsnotverordnung" genannt.

Landtag und Notverordnung.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) berichtete ausführlich über die Ausschußberatung der Notverordnung, wobei er mitteilte, der Innenminister bereite einen Gesetzentwurf über die geplante Verkleinerung des Landtages vor. Bei Eingriffen des Staates in die Selbstverwaltung der Gemeinden sollen Härten vermieden und auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht genommen werden. Der Haushaltsausschuß habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deputatsverschiebungen und Gehaltskürzungen nach Behebung des Notstandes wieder aufgehoben würden. Die Regierung möge prüfen, ob und inwieweit außerplanmäßige Beamte in Planstellen einrücken können. In Erwägung möge gezogen werden die Wiedereinführung einer Abfindungssumme an weibliche Beamte im Falle freiwilligen Ausscheidens. Endlich soll die Regierung beim Reich auf Hinaufsetzung der kürzungsfreien Gehaltsgrenze von 1500 auf 2000 Mark hinwirken.

Abg. Nußbaum (Soz.) berichtete über einen mit dieser Beratung in Verbindung stehenden nationalsoz. Antrag, die Vereinigung von zwei Gemeinden nur zuzulassen, wenn die wahlberechtigte Mehrheit beider Gemeinden zustimmt. Der Ausschuß habe diesen Antrag abgelehnt. Einige spezielle Eingemeindungseingaben bezw. Gesuche (Ueberlingen/Nußdorf, Achdorf u. a.) werden an die Regierung überwiesen. Die Aussprache eröffnete Abg. Graf-Achern (Ztr.), der darauf hinwies, wenn der Landtag auch nicht die Möglichkeit der Abänderung der Haushaltnotverordnung habe, so könne er doch der Regierung Fingerzeige geben. Abg. Schmidt-Bretten (Nat.) begründete den Antrag über die Vereinigung von Gemeinden und verlangte ferner, daß der Bürgermeister von Bretten niedriger eingestuft werde. Abg. Hofheinz (Dem.) bedauerte die Ausschaltung des Landtages bei der Schaffung der Notgesetze. Er übte Kritik an den Eingriffen in die Selbstverwaltung der Gemeinden sowie an den vielen Eingriffen in das Beamtenrecht. Die den Bürgermeistern gegebene Vollmacht dürfe nicht zulange dauern. Beamtenrechtlich und in der Besoldung sei eine völlige Uebereinstimmung zwischen Reich, Ländern usw. zu fordern. Der den Gemeinden auferlegte Schulbeitrag schade auch den Schulen. Die Sonderbehandlung der Lehrer und besonders der Lehrerinnen sei ungerecht. Abg. Frau Siebert (Ztr.) setzte sich nachdrücklich für die Beseitigung der Sonderregelung für die Lehrerinnen ein. Abg. Dr. Schmitthenner (Dntl.) wandte sich gegen die Eingriffe in das Beamtenrecht und forderte Einheitlichkeit der Besoldung. Der Redner warnte vor dem diktatorischen Erlaß des Notgesetzes durch die Regierung und bemängelte die schematische zwangsweise Zuruhesetzung von Lehrkräften vor dem 65. Lebensjahr.

Auch Abg. Frau Richter (Dntl.) tritt für die Aufhebung der Sonderbestimmungen für Lehrerinnen ein. Abg. Lechleiter (Komm.) ist aus grundsätzlicher Opposition gegen die Vorlage und wendet sich vor allem gegen die „Bürgermeisterdiktatur". Abg. Krönlein (Evg. Vd.) sprach sich für die Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre aus und forderte gründliche Prüfung aller Voraussetzungen bei der Vereinigung von Gemeinden. Abg. Dr. Person (Ztr.) wandte sich zu dem Abg. Hofheinz, dieser möge beim Reichsfinanzminister die Voraussetzung erreichen, damit die für die badischen Beamten erfolgten Verschlechterungen wieder beseitigt würden. Abg. Dr. Horn (D.V.P.) erörterte eine Reihe von Beamtenfragen.

Unterrichtsminister Dr. Baumgartner

bedauert, daß die auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl oft 55 übersteigen muß. In den Städten werde man diese Grenze möglichst einhalten. Die Zuweisung von S[illegible] werde da und dort einen Ausgleich schaffen. Gegenüber den Städten betonte der Minister, es gehe nicht an, nun rigoros die sofortige Abberufung einer Anzahl übergesetzlicher Lehrkräfte zu verlangen. Das Ministerium werde auch versuchen, Außerplanmäßige in neueröffneten Planstellen zu bringen. So hoffe er 100 bis 110 Stellen wieder aufmachen zu können. Der Minister verteidigt die Notwendigkeit des numerus clausus. Der Altersabbau sei nicht nach politischen, sondern nach personellen Gesichtspunkten erfolgt, die Jahrgänge 1867 und 1868 seien restlos in den Ruhestand versetzt worden, um jungen Kräften das Nachrücken zu ermöglichen. Die weibl. Lehrkräfte seien tatsächlich öfters und länger krank bezw. dienstunfähig als die männlichen und zwar in den Volksschulen im Verhältnis 1 : 2,4 und in den Fortbildungsschulen gar im Verhältnis 1 : 3,5; das letztere sei auch auf weitere [illegible] zuführen. Die Volksschule werde nicht stärker vom Abbau betroffen als andere Schulgattungen. Zum Schluß betonte der Minister in bezug auf seinen Erlaß zur Entpolitisierung der Schuljugend: „Ich bin fest entschlossen, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln die Entpolitisierung der Jugend durchzuführen, weil es ein Unglück für unser Vaterland ist, daß die Verhaftung und politische Verhetzung schon in die Kinderherzen gesenkt wird. Dagegen werde ich mit allen Mitteln durchgreifen."

Nachdem alle Antragsteller auf Schlußworte verzichteten, war der Beratungsgegenstand erledigt. Schluß gegen ¾9 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr; zuvor Ausschußsitzung.

Prinz Lennart auf Mainau eingetroffen.

Teilweiser Umbau des Schlosses für seine neuen Bewohner.

):(**Konstanz**, 16. März. Der neue Schloßherr der Insel Mainau, Prinz Lennart von Schweden, ist nach der am Freitag in London erfolgten Trauung mit seiner Gattin in Konstanz eingetroffen. Anfang April wird das neuvermählte Paar den künftigen Wohnsitz, das Schloß Mainau, in dem in den letzten Wochen und Monaten wesentliche Umbauten vorgenommen wurden, beziehen. Das junge Paar wird nur den linken Flügel des alten Baues von 1749 bewohnen, der nach den Anweisungen des ehemaligen Prinzen für diese Zwecke hergerichtet worden ist. Die historischen Räume, besonders die Wohn- und Schlafräume der beiden letzten badischen Großherzöge, sind unberührt geblieben. Bei den Umbauten hat das Schloß auch eine Zentralheizung, eine Warmwasseranlage und eine automatische Telephonverbindung erhalten. Ganz modern ist das komplizierte Sicherheits- und Feueralarmsystem, mit dessen Hilfe der Schloßherr alle Tore und Fenster überwachen kann.

Der Lastwagen im Straßengraben

D. **Söllingen**, 15. März. Heute morgen gegen 4 Uhr kam hier an der Kurve am Ortsausgang gegen Berghausen ein schwerer Lastwagen mit Anhänger einer Karlsruher Transportfirma von der Fahrtrichtung ab, drückte ein Hoftor ein, riß eine Einfriedigungsmauer und einen Telephonmast um und kam erst im Straßengraben zum Halten. Der Vorderteil des Motorwagens hatte sich metertief in den Boden eingefressen. Ueber 3 Stunden hatte die Bergungsmannschaft angestrengt zu arbeiten, bis sie das Fahrzeug wieder auf der Straße hatte. Nach Angaben des Begleitmannes soll der Fahrer, der über 24 Stunden am Steuer gesessen sein soll, eingeschlafen sein. Es entstand beträchtlicher Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt.

Schiffszusammenstoß auf dem Bodensee.

:: **Lindau**, 16. März. Der österreichische Dampfer „Dornbirn" stieß am Dienstag vormittag etwa um 8.25 Uhr kurz nach der Ausfahrt aus dem Lindauer Hafen mit einem aus Romanshorn kommenden Motortrajektkahn im dichten Nebel zusammen. Beide Schiffe wurden beschädigt, der Trajektkahn so schwer, daß er nach dem Lindauer Hafen abgeschleppt werden mußte. Der Dampfer „Dornbirn" fuhr der Sicherheit wegen ebenfalls nach Lindau zurück, von wo er nach einigen kleineren Ausbesserungsarbeiten seine Kursfahrt nach Friedrichshafen fortsetzen konnte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Wege und Ziele der Karlsruher Stadtrandsiedlung.

Wie die Siedlung erstellt werden soll.

Der Bürgerausschuß wird sich, wie berichtet, in seiner morgigen Sitzung mit den Stadtratsbeschlüssen auf Inangriffnahme der vorstädtischen Kleinsiedlung in Karlsruhe zu befassen haben. In der ausführlichen Begründung dieser wichtigen Stadtratsvorlage wird über die Wege und Ziele der neuen Siedlung u. a. folgendes ausgeführt:

Bei Auswahl des Geländes für eine erste Gruppe von etwa 100 Siedlerstellen wurde neben dem bestehenden Generalbebauungsplan von einem zweiten Plan ausgegangen, der unter der Annahme aufgestellt ist,

daß künftighin ein erheblicher Teil der Industriearbeiterschaft in der Kleinsiedlung untergebracht sein wird,

und daß die Zahl der Siedlerstellen in fünfzig Jahren etwa 5000 betragen kann, während nach Ablauf desselben Zeitraums die Zahl der städtisch untergebrachten Bevölkerung um etwa 30 000—40 000 gestiegen wäre. Für den heutigen ersten Versuch eines Anfangs der Stadtrandsiedlung, von dem man noch nicht weiß, ob auch eine Fortsetzung kommen wird, kommt nur solches Gelände in Frage, das nach dem neuen Plan für die Stadtrandsiedlung in Betracht kommt, das aber zugleich nach dem bisherigen Generalbebauungsplan unbebaut geblieben wäre. Hiernach passendes Gelände ist zurzeit verfügbar in den Gewannen Altennenbruch, Weide, Pulverturmäcker und Wachthausäcker im Ausmaß von 167 234 Qm., im Gewann Heidenstücker mit 44 829 Qm. und im Gewann Groß-Legertheiler mit 36 400 Qm. Das zuerst genannte Geländestück im Ausmaß von 167 234 Qm. erscheint seiner ganzen Lage nach am besten geeignet. Es hat genügend Raum für die Aufnahme der zunächst zu verwirklichenden rund 100 Siedlerstellen. Dieses Gelände ist bisher schon landwirtschaftlich genutzt. Es mußte infolgedessen den bisherigen Pächtern fürsorglich gekündigt werden. Der Boden ist von guter Qualität. Der Grundwasserspiegel wurde am 21. November 1931 in 5,50 Meter Tiefe ermittelt. Das Wasser eignet sich nach einer Untersuchung bei der Lebensmittelprüfungsanstalt der Hochschule als Trinkwasser. Sand und Kies stehen in verhältnismäßig geringer Tiefe an, der Untergrund ist zum Teil allerdings auch mit Lettenschicht durchsetzt. Für die Aufschließung genügen einfach befestigte Wege in der Richtung Nordost—Südwest (um ein weniges nach der Richtung Nord—Süd verdreht), die vom Pulverhausweg ausgehend auf einen gut befestigten Feldweg in der Nähe der Bahnunterführung südlich der Fabrik von Junker u. Ruh nahe der zum Kühlen Krug führenden Eisenbahnunterführung einmünden. Diese Wege können unter Zuhilfenahme des freiwilligen Arbeitsdienstes und unter Mitverwendung von Befestigungsmaterial, das bei den früheren Kläraruben der Brauerei Sinner durch Abbruch im Wege der Pflichtarbeit gewonnen worden ist, mit einem Aufwand von rund 4300 Rm. hergestellt werden.

Stadtstraßen, Kanäle und Versorgungsleitungen kommen nicht in Frage.

Allein schon die nach den bestehenden Bestimmungen vom einzelnen Siedler selbst zu tragenden anteiligen Kosten hierfür wären höher, als die gesamten Hausbaukosten, ganz abgesehen davon, daß auch für die sehr erheblichen restlichen Aufwendungen der Stadt Mittel nicht zur Verfügung stehen. Nur durch den Verzicht auf „städtische" Ausstattung, auf schöne Straßen, Gas- und Wasserleitung, elektrisches Licht und Kanalisation ist die wirklich billige und doch zureichende Kleinwohnung und der Industriearbeiter in seiner Gesamtheit als Eigentümer eines selbständigen Anwesens zu ermöglichen. Es ist notwendig, daß der Siedler sich auf alle Dauer mit diesem Verzicht abfindet und sich nicht mit städtischen Rechnungen für Wasser, Gas, Strom, Tiefbauamtsbeiträge und ähnlichem seine Lebenshaltung verteuert. Die einzelnen Grundstücke, im ganzen 112, messen je 817 Qm. Etwa die Hälfte davon kann durch unmittelbar anschließende Zupacht noch vergrößert werden.

Der Aufwand für ein Siedlerhaus darf neben den Kosten für Aufschließung und ähnliches nicht höher als zu 2800 Rm. angesetzt werden.

Dieser Betrag ist nach bisherigen Begriffen außerordentlich nieder, aber sachlich gerechtfertigt, denn der Siedler soll durch die Baukosten möglichst wenig belastet sein. Uebertriebene Forderungen in dieser Richtung müßten zu ähnlichen Fehlschlägen führen, wie sie schon früher bei Siedlungsversuchen erlebt worden sind. Umso größer ist die Verantwortung, die Stelle so zu gestalten, daß unter Einhaltung der vorgeschriebenen Kostengrenze der größtmögliche Nutzeffekt erzielt wird.

Es wurde hierzu zunächst eine Untersuchung darüber angestellt, ob dieser Forderung im Reihenhausbau oder im Doppelwohnhaus oder etwa im Einzelhaus am ehesten genügt werden kann. Vergleichende Kostenberechnungen unter Zugrundelegung eines bestimmten der Sachlage entsprechenden Raumprogramms führten überraschenderweise zum Schlusse, daß das Einzelhaus nicht nur aus Gründen ideeller Art zu bevorzugen, sondern auch rein wirtschaftlich sehr wohl vertretbar ist. Es wurde weiterhin (die Rohbaukosten geben in vorliegenden Fällen bei weitem den Ausschlag!) durch Kostenvergleich die technisch und wirtschaftlich günstigste Außenwandkonstruktion festzustellen versucht mit dem Ergebnis, daß als technisch bester und zugleich billigster Wandkonstruktion dem Holzfachwerk mit äußerer und innerer Holzschalung und Ausriegelung der Gefache durch Lehmwickel der Vorrang zukommt. Nunmehr wurde zur Planung des Einzelhauses an Hand eines nach den Richtlinien des Reichskommissars, nach Anregungen von außerhalb der Stadtverwaltung stehenden Fachleuten und auf Grund eigener Ueberlegungen ein ins Einzelne ausgearbeitetes Raumprogramm aufgestellt. Es wird unter anderem gefordert: eine geräumige Wohnküche und zwei mit ihr unmittelbar verbundene Schlafräume, ein Windfang, ein Abort mit Grube, ein Kleintierstall von mindestens 6 Qm., im Unter- oder im Erdgeschoß ein gut gelüfteter Keller (Vorratsraum), im Speicher oder im Erdgeschoß ein Lager- und Abstellraum, im Freien ein gedeckter Arbeits- und Abstellplatz, ein Hühnerlauf, ein Pumpbrunnen, eine Sickergrube. Die Wohnung muß durch einen dritten Schlafraum in organischer Weise erweiterbar sein, desgleichen ist Erweiterungsmöglichkeit für den Stall vorzusehen. Stall und Abort müssen auf der der Hauptwindrichtung abgewendeten Seite liegen. Von der Wohnküche aus sollen der Zugang zum Haus, insbesondere aber der Stalleingang, der Hof und der Garten bequem zu übersehen sein. Konstruktionen, die reichliche Verwendung von Holz gewährleisten, und solche, die ein Höchstmaß an Eigenhandleistung des Siedlers gestatten, werden bevorzugt.

Vier vom Stadtrat den Siedlern zur Wahl gestellte Haustypen

sind in den mit äußerster Genauigkeit ermittelten und durch Angebote bestätigten Baukosten (rund 2800 Rm. Unternehmerpreis bei Ausführung von mindestens 10 Häusern, und rund 2900 Rm. bei einem Haus), bei Unterschieden von nicht mehr als 20 Rm., fast genau gleich, und werden jetzt als Versuchshäuser in Angriff genommen. Der Stadtrat hat sich mit Rücksicht auf die vielfach im Publikum bestehende kritische Einstellung zum Flachdach nicht entschließen können, auch Typen mit Flachdach den Siedlern zur Auswahl freizustellen. Es dürfen nur Häuser mit Steildach gebaut werden. Im übrigen sind sämtliche Typen der Schwierigkeit und Bedeutung der Aufgabe entsprechend bis ins kleinste mit allergrößter Sorgfalt durchgearbeitet und erscheinen insoweit kaum noch verbesserungsfähig. Bei

Auswahl der Siedler werden langfristige und kinderreiche Erwerbslose bevorzugt.

Bedingung ist im übrigen körperliche Leistungsfähigkeit und, womöglich, Verbundenheit mit der ländlichen Herkunft. Vor allem die Frau des Siedlers muß ihrer ganzen Persönlichkeit nach der Aufgabe gewachsen sein. Der mit dem Siedler abzuschließende Pachtvertrag enthält u. a. das Recht und die Pflicht des Siedlers auf Uebernahme der Siedlerstelle zu Eigentum, nachdem er sich in deren Betrieb drei Jahre lang bewährt und in dieser Zeit seinen finanziellen Verpflichtungen genügt hat. Der Siedler verpflichtet sich ferner zu einer Eigenhandleistung im Werte von mindestens rund 700 Rm. An Barmitteln steht für jede Stelle ein Reichsdarlehen von höchstens 2500 Rm. zur Verfügung; davon etwa 2100 Rm. für den Bau, etwa 200 Rm. für Aufschließung, Bauleitung u. ä. und etwa 200 Rm. für die Einrichtung von Stall und Garten. Es ist erwünscht, daß der Siedler durch größere Eigenhandleistung die notwendige Darlehenssumme noch unter 2500 Rm. herunterdrückt, damit er wie auch das Reich mit einem möglichst geringen Betrag aus der Einrichtung der Siedlerstelle belastet werden. Für das Grundstück wird 1 Rm. je Quadratmeter angenommen. Der Grundstückspreis ist in dem Darlehenspreis von 2500 Rm. nicht enthalten. Er wird genau wie das Darlehen in den ersten 3 Jahren nach der ersten Ernte mit 3 Proz. verzinst, vom 4. Jahr ab mit 4 Proz. Vom selben Zeitpunkt ab wird das Darlehen und das Hausgrundstück zuzüglich der ersparten Zinsen mit 1 v. H. getilgt. Die Belastung des Siedlers stellt sich hiernach ungefähr wie folgt:

In den ersten drei Jahren 3 Prozent Zins aus 2500 Rm. + 817 Rm. = rund 100 Rm., dazu für Betrieb und bauliche Vervollständigung schätzungsweise 80 Rm. = 180 Rm., das sind monatlich 15 Rm.; vom vierten Jahr ab 5 Proz. aus 2500 Rm. + 817 Rm. = 166 Rm., für Betrieb und Unterhaltung 44 Rm. = zusammen 210 Rm., das sind im Monat 17.50 Rm. Für Kinderreiche vermindert sich der Jahresaufwand durch einen Zinsnachlaß an Reichsdarlehen um 40 Rm.

Das gesamte Rechtsverhältnis zwischen der Stadt als Trägerin der Siedlung und dem Reich als Darlehensgeberin auf der einen, den Siedlern auf der anderen Seite wird durch Verträge nach vom Reich vorgeschriebenen Mustern geregelt.

Die praktische Durchführung der Siedlung

zerfällt in zwei Abschnitte, 1. den Bau der 4 Probe- und Musterhäuser durch Unternehmer, 2. den Bau der Siedlung selbst unter weitgehender Mitwirkung der Siedler. Der Bau der Probe- und Musterhäuser ist notwendig einmal mit Rücksicht auf die Neuartigkeit des Problems zum Zwecke der praktischen Ueberprüfung der vorausgegangenen Planarbeit und Kostenrechnung, sodann als Beispiel für die Siedlerarbeit. Der Reichskommissar würde an sich einem einzigen für die ganze Siedlung vorzuschreibenden Haustyp den Vorzug geben wollen. Es erscheint aber, mindestens für Karlsruhe, richtiger, den Siedlern einen gewissen Spielraum zu lassen und ihnen die Wahl unter den 4 Probe- und Musterhäusern freizugeben. Gleichzeitig mit Erstellung der Probehäuser wird auch mit dem Wegbau voraussichtlich unter Verwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes, begonnen. Die Bauzeit der Probehäuser beträgt nur etwa 4 Wochen. Es steht infolgedessen für den Bau der Siedlung noch der ganze Sommer, volle 5 bis 6 Monate, zur Verfügung.

Riesenunterschlagung vor Gericht.

Die Unterschlagungen bei der Mittelbadischen Spar- und Darlehenskasse Karlsruhe. — Veruntreuungen von 130 000 Mark.

Unter starkem Andrang des Publikums, namentlich der geschädigten Gläubiger aus Karlsruhe und Durlach, begann gestern nachmittag vor dem Erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen den 46 Jahre alten Geschäftsführer Jakob Kober aus Durlach, der wegen Untreue, Unterschlagung, Betrugs, Konkursvergehens und Vergehens gegen das G. m. b. H.-Gesetz angeklagt war.

Der Angeklagte, der sich seit dem 6. Juni vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindet, ist gelernter Schlosser und war seit dem Jahre 1920 Geschäftsführer der Mittelbadischen Spar- und Darlehenskasse G. m. b. H. Es wird ihm zur Last gelegt, er habe seit dem Jahre 1924 als Geschäftsführer der Kasse in der Absicht die Gläubiger zu benachteiligen, Schulden und Rechtsgeschäfte aufgestellt, welche erdichtet waren und die Handelsbücher so geführt, daß sie keinen Ueberblick über den Vermögensstand der Gesellschaft ermöglichten, und habe in der öffentlichen Mitgliederversammlung die Geschäftslage verschleiert. In der Zeit von Juni 1924 bis Juni 1931 hat er weiter als Geschäftsführer Einlagen und andere Vermögensstücke, insbesondere Grundschuldbriefe, welche der Kasse gehörten, dieser entzogen und für eigene Verpflichtungen verwendet, sich auch Grundschuldbriefe auf kurze Zeit geben lassen, verkauft und den Erlös verbraucht.

Diese Veruntreuungen belaufen sich auf eine Summe von 83 000 bis 130 000 Mk.

Zur Verschleierung dieser Veruntreuungen hat er es unterlassen, das Depotkonto zu führen, zahlreiche Einlagen auf die Bank nicht verbucht, nicht gewährte Auszahlungen verbucht und die Bilanzen frisiert, insbesondere die Bilanzen vom Dezember per 1929 und 1931, in denen er die Aktiven erhöhte und die Passiven verminderte. Durch diese Falschbuchungen gelang es ihm, seine Stellung bei der Bank zu halten. Dadurch wurde den Gläubigern und Mitgliedern der Bank die objektive Lage verschleiert und die Gläubiger der Bank geschädigt, was infolge der im Juni vorigen Jahres erfolgten Zahlungseinstellung der Bank der Fall war.

Der Angeklagte gibt an, daß er seit der handelsgerichtlichen Eintragung der Gesellschaft zusammen mit Herrn Schaller als Geschäftsführer bestellt war. Er hat es nicht für erforderlich gehalten, sich über die handelsgesetzlichen Vorschriften für einen Geschäftsführer zu unterrichten. Auch die Vorschriften des G. m. b. H.-Gesetzes sind ihm unbekannt. Bei der Umstellung auf Goldmarkbasis sei das Vermögen der Bank ziemlich zusammengeschmolzen gewesen. Einem Major a. D. H., der jetzt im Auslande lebt, habe er nach und nach „aus reinem Entgegenkommen" 25 000 Mark Darlehen gewährt, die von dem Angeklagten nicht verbucht waren, obwohl das Geld der Kasse entnommen war. In der Folge hat er Darlehen aufgenommen und die Bank damit belastet; er habe dafür 1 Prozent Zins pro Tag zahlen müssen. Dazu verwendete er Einlagen von dritten Leuten. So hat er eine ganze Anzahl von Konten angegriffen. In anderen Fällen ist es vorgekommen, daß die Darlehensnehmer der Bank Grundschuldbriefe hinterlegt haben. In mehreren Fällen hat er solche Grundschuldbriefe, die auf 8000, 6000, 3500 Mark usw. lauteten, verkauft. Er hat eine Anzahl Wechsel hinausgegeben über das Konto der Gesellschaft, um damit Privatschulden zu decken. Er machte dann mit Bankgeldern ein Hausgeschäft, das mit 1400 Mark Schulden endete. Auf diese Weise wurstelte er fort bis Juni vorigen Jahres. Die Bilanz vom Dezember 1930 wurde vom Aufsichtsrat nicht genehmigt und ist nicht veröffentlicht worden. Nach der Bilanz des Angeklagten ergab sich ein Gewinn von 13 000 Mark, während in Wirklichkeit ein Defizit von 130 000 Mark vorhanden war. Die Kassenbucheinträge stimmen nicht mit denjenigen des Hauptbuches überein. Es fehlen eine Unsumme von Belegen. Im Juni 1931 kam ein Vergleich zustande, der die Gläubiger mit 40 Prozent abfindet.

Erster Staatsanwalt Dr. Eschenauer hält den Angeklagten der Untreue, Unterschlagung, Konkursvergehen durch Verletzung der Buchführungspflicht und der Gläubigerbenachteiligung für schuldig. Es ist nicht geklärt, wohin das Geld gekommen ist. Ein gut Teil von 83 000 Mark werde ihm als unterschlagen zur Last zu legen sein. Mit Rücksicht darauf, daß namentlich kleine Leute geschädigt wurden, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Das Gericht verurteilte Kober wegen Verbrechens nach § 239 Ziffer 2 und 4 der Konkursordnung verübt in Tateinheit mit fortgesetzter Unterschlagung und Untreue, Betrugs, sowie Vergehens gegen das G. m. b. H.-Gesetz zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung der seit 7. Juni vorigen Jahres verbüßten Untersuchungshaft.

Karlsruher Schöffengericht.

Eine vierköpfige Einbrecherbande.

Wegen Hehlerei, Urkundenfälschung und Betrugsversuchs standen der Monteur Friedrich Weiß aus Wien, der erheblich vorbestrafte Wilhelm Schmith aus Karlsruhe, der Bauhandwerker Heinrich Gerstner aus Mörsch und der Kaufmann Werner Korwan aus Reutlingen vor dem Karlsruher Schöffengericht. In der Nacht zum 28. Januar haben Weiß und Schmith Einbrüche in zwei Sportvereinshäuser im Hardtwald verübt, bei denen sie Gegenstände im Werte von mehreren hundert Mark erbeuteten. Weiß hat allein etwa ein halbes Dutzend Mansardendiebstähle in Karlsruhe auf dem Gewissen. Gerstner und Korwan haben sich von den gestohlenen Gegenständen geben lassen. Mittels einer gefälschten Quittung versuchten Weiß und Gerstner von der Kriminalpolizei einen gestohlenen Koffer herauszubekommen. Die Angeklagten waren geständig. Weiß wurde zu zwei Jahren, Schmith zu 1½ Jahren, Gerstner zu sechs Monaten und Korwan zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Spionagefall.

Wegen versuchter Spionage zugunsten Frankreichs verurteilte der Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe den ledigen Weber Georg Wolfensperger aus St. Ludwig (Elsaß) zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Geldstrafe wegen politischer Beleidigung.

Wegen Beleidigung des früheren Reichsinnenministers Dr. Wirth verurteilte das Karlsruher Schöffengericht den verantwortlichen Schriftleiter der in Freiburg erscheinenden nationalsozialistischen Zeitung „Der Alemanne", Franz Moraller aus Karlsruhe, zu 200 Mk. Geldstrafe. In der genannten Zeitung war am 3. November ein bereits im „Schwarzwälder Tagblatt" in Furtwangen abgedruckter Artikel erschienen, der sich mit der Person Dr. Wirths befaßte. In diesem Artikel wurde behauptet, Dr. Wirth habe bei der Pfingsttagung der katholischen Gesellenvereine in Offenburg ausgeführt, er begrüße die spanische Republik. Damit begrüße ein christlicher Zentrumsminister den Sieg des Bolschewismus in Spanien, wo in den ausgeplünderten Kirchen Hohn und Spott mit dem Allerheiligsten getrieben werde. Für diesen Artikel zeichnete Moraller verantwortlich. Wegen des gleichen Aufsatzes wurde bereits durch das Schöffengericht Donaueschingen der verantwortliche Schriftleiter des „Schwarzwälder Tagblattes" in Furtwangen mit 300 RM. Geldstrafe belegt.

27 ₰

Holländerin
BUTTERMILCHSEIFE
Die beliebteste Fein-Seife Mild u. rein
Vertretung Fabriklager:
Julius Geiger
Mannheim M 3, 9
Tel. 33040

Politik mit dem Gummischlauch.

Am Montag nachmittag wurde ein 19 Jahre alter Maschinenschlosser aus Durlach, der der NSDAP. angehört, während er auf seinem Fahrrad durch die Linkenheimer Landstraße fuhr, in der Nähe des Linkenheimertors von politischen Gegnern angehalten und von einem derselben durch Schläge mit einem Gummischlauch mißhandelt. Der Vorfall hatte einen größeren Menschenauflauf zur Folge. Die Menge wurde vom Notruf zerstreut, jedoch konnte der Täter am Tatort nicht mehr betroffen werden. Zur Anzeige gelangte ein 29 Jahre alter Taglöhner von hier, der unberechtigterweise einen Gummischlauch mit Eiseneinlage bei sich führte. Er war von dem nachmittags am Linkenheimertor geschlagenen Maschinenschlosser als vermeintlicher Täter der Polizei benannt worden, konnte aber für diesen Fall sein Alibi nachweisen. Er wird sich wegen Vergehens gegen die Waffenverordnungen vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Diebstähle.

Im Laufe des Dienstag wurden 2 Fahrräder gestohlen.

In Mühlburg wurde in der Wohnung eines Händlers ein Einbruch verübt. Der Täter hatte mit einem Beil die Kellertüre erbrochen und war so in das Haus gelangt. Soweit festgestellt werden konnte, wurde eine Handharmonika und ein Paar Schuhe entwendet.

Gefährlicher Unfug.

Zwei Studenten von hier werden angezeigt, weil sie in der Nähe des Waldes an der Pulverhausstraße (Grünwinkel) dürren Rasen anzündeten. Die Feuerwehr, welche nach kurzer Zeit erschienen war, löschte den Brand.

Eine voreilige Prophezeiung.

Ende der vergangenen Woche meldete der Polizeibericht, daß ein 43 Jahre alter Finanzsekretär in der Hebelstraße an privaten und öffentlichen Gebäuden Handzettel der NSDAP. klebte, dabei festgenommen und dem Schnellrichter übergeben wurde, der ihn mit 14 Tagen Gefängnis bestrafte. Als er von seinem Vorgesetzten zur Rede gestellt wurde, soll er erwidert haben: „Nun, was ist dabei? Am Montag kommt die neue Regierung, dann können Sie gehen.“ Der Finanzsekretär wurde vom Amt suspendiert und steht vor einem Disziplinarverfahren, dessen Ausgang er heute mit ziemlicher Sicherheit voraussagen kann.

Aus Beruf und Familie.

Adolf Schoepflin am Landestheater hier, wurde von der Städtischen Oper in Berlin eingeladen, zu Ostern den Gurnemanz im „Parsifal“ zu singen.

Architekt und Bildhauer Oskar Goldstein-Stonorow, ehedem Schüler des Karlsruher Gymnasiums, hat bei dem internationalen Wettbewerb für das Sowjethaus in Moskau den 2. Preis errungen, wie er auch schon vor Jahresfrist bei dem Wettbewerb für ein Theater in Charkow preisgekrönt worden ist. Der erst 26jährige begabte und erfolgreiche Künstler und Architekt ist zurzeit in Neuyork tätig.

Osterlotterie des Landestheaters.

für seine Dauerbesucher.

Das Landestheater will seinen Dauerbesuchern jetzt ein Ostergeschenk zuteil werden lassen, indem jeder Platzmieter oder Inhaber einer Platzsicherung Teilhaber an einer Verlosung für Vorstellungen an den Ostertagen wird. Es gelangen zur Verlosung eine Anzahl Karten für alle Vorstellungen an den Tagen von Ostersamstag bis Osterdienstag im Landestheater und Konzerthaus (Faust I, Faust II, Sommer von einst, Im weißen Rößl, Zigeunerbaron, Zur goldenen Liebe). Die Verlosung findet vom 18. bis 23. März an der Theaterkasse statt. Jeder Dauerbesucher darf gegen Vorzeigen seines Ausweises einen verschlossenen Umschlag ziehen, der im Gewinnfall eine Theaterkarte enthält. Die ausgegebenen Umschläge enthalten zu mehr als der Hälfte Gewinne von Plätzen auf besseren Platzgattungen. Eine gute Idee!

West-Ost-Siedlung ist not!

Ein Vortrag in der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe.

Auf Einladung der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft sprach am Dienstag abend der Leiter der Reichsstelle Baden für Siedlerberatung, Dipl.-Landwirt Bauer-Karlsruhe über die West-Ost-Siedlung. Angesichts der erdrückenden Not mit ihrer ins Katastrophale gestiegenen Arbeitslosigkeit auf der einen und des volksleeren Raumes im Norden und Osten des Reiches auf der anderen Seite, stellte er seinen Ausführungen als dringlichste Forderung die beschleunigt durchzuführende Binnensiedlung der Auswanderung voran. Aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen: weil nur eine rasche und restlose Siedlung Milderung, wenn nicht Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ferner aber auch unsere allmähliche Befreiung von Geld- und Zinsmacht bringen kann. Aus politischen Gründen: weil sie der polnischen Invasion — Polen bis zur Oder! — ein Gegengewicht schaffen soll.

Durch die Siedlung soll der deutsche Kleinbauer von der ihm zu eng gewordenen Scholle losgelöst und im Osten auf einen auskömmlichen Lebensraum gestellt werden,

andererseits die durch Arbeitslosigkeit entwurzelten ländlichen Arbeitslosen für die Scholle wiedergewonnen werden.

Bei der Verpflanzung nach anderen Gebieten wird man der Bodenständigkeit und dem Heimatgedanken dadurch Rechnung tragen, daß man Siedlerbewerber aus einem begrenzten Heimatbezirk in der neuen Siedlung zusammenschweißt. Der badische Staat ist im letzten Jahre in dieser Richtung beispielhaft vorangegangen und hat in Mecklenburg ein neues badisches Dorf geschaffen. Sehr wichtig ist aber auch, daß die von den Kleinbauern verlassenen Stellen im Wege der Anliegersiedlung anderen Bauern im Orte zugeteilt werden, um sich und ihre Angehörigen aus eigener Kraft und aus eigenem Boden zu ernähren. Ein zweiter Weg ist die Aufstiegssiedlung, in der sich durch Gemeinschaftsgefühl festgefügte Gruppen aus einfachsten Verhältnissen heraus eine neue Existenz schaffen müssen. Die Finanzierungsmöglichkeiten sind dadurch erleichtert, daß der Siedler bezw. die Siedlergruppe an dem Aufbau selbst mithelfen und sich dadurch einen Teil der Anzahlung (etwa 2000 bis 3000 Rm.) selbst erarbeiten können. Weiter ist gedacht an eine

Umsiedlung von erwerbslosen Kräften, die vom Lande stammen.

Durch Verpflichtung der Heimatbehörde, die Unterstützung für einen gewissen Zeitraum weiterzuzahlen, muß ihnen der Anzahlungspreis in die Hand gegeben werden. Pflicht der Siedler wird es aber sein, unter Verzicht auf alle nicht lebensnotwendigen Ansprüche in jahrelanger harter Arbeit zu zeigen, daß die für sie von Staat und Gemeinden gebrachten Opfer nicht umsonst gewesen sind. Der Redner rief zum Schluß Reichs- und Länderregierungen zur schnellsten Bereitstellung von Mitteln auf. Jede Mark, die dafür ausgegeben werde, bleibe und arbeite in der deutschen Wirtschaft, stärke die heimische Kaufkraft und fördere den Absatz deutscher Erzeugnisse.

Jugendweihe der Freireligiösen Gemeinde.

Wie alljährlich, so feierte auch in diesem Jahr die freireligiöse Gemeinde im Saal der „Vier Jahreszeiten“ ihre Jugendweihe nach dem bei ihr üblich gewordenen Ritus. Es waren acht junge Menschen, die, nachdem sie während der Wintermonate von ihrem Lehrer, Herrn Meyer-Weingarten, durch den Weihenunterricht darauf innerlich vorbereitet worden waren, vor der zahlreich erschienenen Gemeinde das Gelöbnis ablegten, treue, um das Wohl der Gemeinde besorgte Glieder dieser werden zu wollen. Für die Vorstandschaft sprach Reg.-Rat Weißmann den Eltern und den Weihlingen eindringliche Worte der Beglückwünschung sowohl als auch solche, die hinwiesen darauf, daß der Mensch, erst recht der junge Mensch eine innere Bindung brauche, um in den Wirnissen des gegenwärtig so schweren Lebens nicht haltlos zu werden. Der Prediger, Herr Elling, behandelte in sehr ernster, temperamentvoller Weise das Problem des Verhältnisses zwischen alt und jung unter dem Gesichtswinkel einer freien, auf Selbstverantwortung sich gründenden Religiosität. Die auf beide Ansprachen folgende eigentliche Weihehandlung erfolgte in der den Bekennern einer freien Religion eigenen, auch auf den Nichtangehörigen tiefen Eindruck hinterlassenden Weise. Nicht wenig auch trugen zur Vertiefung des Erlebnisses dieser Weihe der musikalische Teil der Feier bei, die von dem Grünberg-Trio und von Herrn Meyer-Weingarten bestritten wurde.

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Im Südwesten beginnt eine atlantische Zyklone sich gegen das mitteleuropäische Hochdruckgebiet vorzuarbeiten und hat in Südfrankreich Bewölkungszunahme mit Regen verursacht. In unserem Gebiet ist das Wetter noch größtenteils wolkenlos geblieben, nur im äußersten Südwesten ist hohe Bewölkung aufgezogen. Da mit Verflachung des hohen Druckes über Mitteleuropa zu rechnen ist, wird die im Südwesten liegende Zyklone voraussichtlich ihren Wirkungsbereich noch mehr in nordöstlicher Richtung erweitern, zumal über Skandinavien und Finnland noch immer Tiefdruckreste vorhanden sind.

Wetteraussichten für Donnerstag, 17. März: Bewölkungszunahme und nur noch im Gebirge Nachtfröste. Niederschläge höchstens im Süden des Landes.

Wetterdienst des Frankfurter Universitäts-Instituts für Meteorologie und Geophysik.

Aussichten für Freitag: Fortdauer trockener und vielfach heiterer Witterung.

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr:

Waldshut, 16. März: 166 cm; 15. März: 166 cm.
Basel, 16. März: —48 cm; 15. März: —28 cm.
Schusterinsel, 16. März: +18 cm; 15. März: +15 cm.
Rheinweiler, 16. März: —218 cm; 15. März: —215 cm.
Kehl, 16. März: 163 cm; 15. März: 161 cm.
Maxau, 16. März: 330 cm; 15. März: 329 cm; mittags 12 Uhr: 326 cm; abends 5 Uhr: 326 cm.
Mannheim, 16. März: 196 cm; 15. März: 200 cm.
Caub, 16. März: 128 cm; 15. März: 133 cm.

Veranstaltungen.

Kaffee Bauer. Wie jeden Donnerstag findet heute abend Gesellschafts-Tanz statt. (Siehe die Anzeige.)

Kaffee Odeon. Das Orchester E. José Wolf veranstaltet heute einen großen Sonderabend mit einem besonders ausgewählten Programm, teils klassischen und teils modernen Inhalts. Morgen, Freitag findet wieder ein Operetten- und Schlager-Wunschabend statt. (Siehe die Anzeige.)

Geschäftliche Mitteilungen.

Was soll ich heute kochen? Ein früher oft gehörter Stoßseufzer vieler Hausfrauen. Jetzt beginnt die Hausfrau sorgenlos ihren Tag. Sanne und Ella, die klugen Hausfrauen, werden ihr zeitig genug raten, was und wie sie kochen soll. Ihr bester Rat ist: nimm Sanella zu allem! Sie ist nahrhaft, wohlschmeckend und bekömmlich.

Ein Schaukochen für alle Hausfrauen veranstaltet am heutigen Donnerstag, 17. März, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, in den „Vier Jahreszeiten“ die Firma Bender & Co. Eintritt ist frei.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 17. März 1932.

Badisches Landestheater: 20—23.15 Uhr: Der Rosenkavalier.
Colosseum: 20 Uhr: Der Hias.
Bad. Lichtspiele-Konzerthaus: 17 Uhr: Waldmenschen in Ostasiatisch-Sibirien; 20.30 Uhr: Im Land der Dolomiten.
Kaffee Bauer: 20.30 Uhr: Gesellschaftstanz.
Kaffee Odeon: Großer Sonderabend des Orchesters E. José Wolffs.
Vier Jahreszeiten: 16 u. 20 Uhr: Vortrag und Schaukochen mit den neuen Senkingherden.

Karlsruher Opern- und Schauspielführer

Der Rosenkavalier. — Komödie für Musik von Richard Strauß.

Das Liebesgetändel der Marschallin von Werdenberg mit dem blutjungen Oktavian erfährt durch die plötzliche Ankunft des Barons Ochs von Lerchenau eine jähe Unterbrechung. Dieser möchte erfahren, wen ihm die Marschallin zum Brautwerber bei Sofie, der liebreizenden Tochter des reichen Herrn von Faninal, bestimmt habe. Die bedrängte Dame — einem rettenden Einfall folgend — läßt ihren Liebhaber sich als ihre Kammerzofe verkleiden. Dann soll er den Brautwerber machen. Der Baron Ochs entzündet sich an den Reizen des „Kammerkätzchens“ und bestürmt es um ein Stelldichein. — Die Marschallin hat hiernach ihren großen Morgenempfang. — Wehmütig erkennt sie bald, daß sie, die reife Frau, den Jüngling Oktavian nicht lange mehr fesseln wird. — Dieser tritt, wie beschlossen, im Hause des neugeadelten Geldmannes Faninal als Brautwerber für seinen „Vetter“ Lerchenau auf. Sofie aber, die Braut, findet schnell mehr Gefallen an Oktavian, der bald in heftige Gegenliebe zu dem schönen Mädchen entbrennt. Der offizielle Bräutigam aber mißfällt gründlich. Während er zur Aufstellung des Heiratskontrakts im Nebenzimmer weilt, schwören Braut und Brautwerber sich ewige Treue und werden dabei von Spionen des Barons, dem italienischen Intrigantenpaar Valzacchi und Annina überrascht. Ungeheuerer Skandal — improvisierter Zweikampf, wobei Ochs von Lerchenau nach leichter Verwundung ein Jammergeschrei anstimmt. Der wutschnaubende Brautvater schickt Sofie ins Kloster, Oktavian überlegt, wie er die Geliebte befreit. Das italienische Spionenpaar ist ihm gegen Versprechungen gern zu Diensten. Der Baron wird durch ein Briefchen zum Stelldichein mit jenem „Kammerzöfchen“ bestellt. — In dem bestimmten Absteigequartier entwickelt sich zur festgesetzten Abendstunde zwischen dem in die Falle gegangenen Einfaltspinsel und dem als Mädchen verkleideten Oktavian eine groteske Werbeszene. An Fensterluken erscheinen Gestalten und verschwinden wieder. Lerchenau glaubt Gespenster zu sehen. Plötzlich steht Annina in Trauerkleidern vor ihm und behauptet, seine verlassene Gattin zu sein. Der Wirt eilt herbei. Lärm und Verwirrung steigern sich, als sogar die Sittlichkeitskommission auftaucht, der Lerchenau seine Begleiterin als seine Braut vorstellt. Den heimlich herbeigerufenen und tobenden Faninal will er plötzlich gar nicht kennen ... Da erscheint die Marschallin. Sie durchschaut den Sachverhalt und sieht ihre Ahnung, daß sie verzichten müsse, bestätigt. Als kluge Weltdame bewahrt sie ihre Fassung und vornehme Haltung. Die Fäden entwirren sich. Ochs von Lerchenau zieht beschämt ab, Herr von Faninal ist hochgeehrt, im Wagen der Marschallin und an ihrer Seite heimfahren zu dürfen — und den jungen Liebenden gehört der Sieg.

In Württemberg
ist das von den führenden Kreisen in Wirtschaft und Industrie, sowie von den Verbrauchergruppen bevorzugte Blatt der in Stuttgart erscheinende, im Jahr 1785 gegründete
Schwäbische Merkur
mit seiner anerkannt maßgebenden Handelszeitung und wertvollen Beilagen, darunter „Schwabens Industrie“, „Haus u. Heim“, „Reise u. Rast“, „Frauenzeitung“ usw.
Anerkannt erfolgreiches Insertionsorgan
Für den Export:
Auslands-Wochenausgabe

Für den Umzug
Unsere Neuheiten
in Teppichen
in Gardinen
in Möbelstoffen
Dreyfuss & Siegel
Das führende Spezialhaus / Kaiserstraße 197

Hämorrhoiden
können nachweisbar in kurzer Zeit ohne Operation geheilt werden. Aerztliche Sprechstunden in Karlsruhe Rudolfstr. 12, 1 Tr., jeden Dienstag von 10 bis 4 Uhr.

Sämtliche Farben, Lacke etc
gebrauchsfertig für Anstriche aller Art, vorteilhaft im
Farbenhaus „Hansa“
Waldstraße 15, beim Kolosseum

Miele

von RM. 75.- an
das leichtlaufende Markenrad
Mielewerke A.G.
Gütersloh / Westfalen
Zu haben in den Fahrradhandlungen